

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Westfalen sowie Ostpreußen und Luxemburg 2500 M., für das übrige Ausland 4000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 20. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Genossenschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die stinpaaltige Anzeigenzeile kostet 200 M. Restlosgeld 4000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 250 M. (zählung zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 150 M. Stellungsfrage das erste Wort 150 M., jedes weitere Wort 100 M. Worte über 15 Buchstaben kosten für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 48, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Neue große Ruhrdebatte im Unterhaus Der Völkerbundsantrag der Liberalen. — Eine Rede Lloyd Georges.

London, 19. Februar. (W.B.) Heute nachmittags 4 Uhr begann im vollbesetzten Unterhause die Debatte über den gemeinsamen liberalen Abänderungsantrag.

in dem gefordert wird, daß bezüglich der Operationen der französischen und belgischen Regierung im Ruhrgebiet der Völkerbundrat ersucht werden solle, unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Methode, solche Zahlungen zu verwirklichen. Ferner fordert der Abänderungsantrag, daß der britische Vertreter im Völkerbundrat beauftragt werden solle, darauf zu dringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergehe, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen.

Das nationalliberale Parlamentsmitglied, der frühere Unterrichtsminister Fisher, brachte den Antrag ein, der unabhängig liberaler Prinzipale trat ebenfalls nachdrücklich für den Abänderungsantrag ein. Hierauf sprach Sir Robert Cecil, der sich gegen den Antrag wandte.

Fisher gab in seiner Rede der Überzeugung Ausdruck, die weitläufig überwindende Mehrheit des Hauses und der Nation sei der Ansicht, daß die Regierung den Franzosen bei der Befreiung des Ruhrgebietes nicht assoziiert wäre. Er hoffe, daß die Franzosen durch die wenigen Organe der öffentlichen Meinung in England, die das Ruhrunternehmen unterstützten (gemeint sind damit die „Daily Mail“ und die übrigen Blätter des Lord Rothermere, Red. d. „B.“), nicht zu dem Glauben verleitet würden, daß die französische Politik die Unterstützung Englands besitze. Die Ansichten des Hauses und des Landes seien in den letzten Wochen von Asquith und Bonar Law richtig zum Ausdruck gebracht worden.

Lloyd George

erklärte bei der Beratung des Abänderungsantrages, die Demokratie Frankreichs und Großbritanniens sollten zusammen gehen und zusammen handeln, soweit es ihnen möglich wäre, aber die Freundschaft Frankreichs bedeute nicht, daß England jede Handlung eines französischen Ministeriums billigen müsse, die dazu angehen sei, den Frieden der Welt aufs Spiel zu setzen.

In der jüngsten Aktion Frankreichs habe etwas gelegen, das über die Reparationen hinausging, und dies sei beunruhigend. In der Reparationsangelegenheit habe nichts vorgelegen, was eine derartige gewaltsame Lösung forderte. Lloyd George gab sodann einen geschichtlichen Rückblick auf die Reparationsfrage und wies nachdrücklich auf die verschiedenen Vorschläge hin, die von Poincaré zurückgewiesen worden seien. Angesichts der Tatsache, daß nur ein Defizit von zehn Prozent in den Kohlenlieferungen bestanden habe, sei es schwer zu glauben, daß nur die Befreiung von Reparationen der Zweck der Ruhrbefreiung sei. Er sei überzeugt von der Berechtigung der Reparationen und er bedauere deshalb diese Aktion, die die Zukunft der Reparationsleistungen gefährde. Lloyd George fragte zum Schluß:

Wer kann sagen, was sich ereignen wird, wenn man Deutschland verdrängt?

Wer wird dabei gewinnen? Ich bin durchaus dafür, daß Frankreich Sicherheit erhält, aber welche Sicherheit wird es an der Ruhr erlangen?

Wenn wir wirkliche Freunde Frankreichs sind, werden wir unser Bestes tun, um es aus der Verstrickung zu befreien.

bevor es zu spät ist. Lloyd George forderte die Regierung schließlich auf zu handeln und regte an, daß die Regierung sich an die Vereinigten Staaten wende und daß beide Länder sodann an Frankreich herantreten.

Lord Robert Cecil (konserv.)

sprach die Hoffnung aus, das Haus werde sich keine Politik zu eigen machen, ohne das zu erwartende praktische Ergebnis zu berücksichtigen. Keine europäische Frage werde in befriedigender Weise behandelt werden können, wenn Großbritannien nicht seine Freundschaft zu Frankreich aufrecht erhalte, aber nicht nur zu Frankreich, sondern zu allen Ländern. Die Entlastung Frankreichs in der Reparationsfrage und in der Reparationsangelegenheit sei verständlich. Er sei überzeugt, daß diese Frage letzten Endes vom Völkerbund geregelt werden müsse.

London, 19. Februar. (W.B.) „Observer“ schreibt in einem Leitartikel: Alles, was jetzt von den französischen Plänen im Ruhrgebiet übrig geblieben sei, sei die vorläufige und suchbare politische der Zerstückelung Deutschlands. Die gemäßigten französischen Publizisten verkündeten dies jetzt. Alle Vorbereitungen dafür seien getroffen. England gebe sich keinen Täuschungen mehr darüber hin. Da die Lage sich in dieser Weise geändert habe, müsse sich die britische Politik mit ihr ändern. Das britische Kabinett stehe jetzt vor der Wahl, sich entweder offener oder heimlicher Mittäter der Schuld zu machen oder sich vollkommen freie Hand zu bewahren, und zwar in einer Weise, die Frankreich am wenigsten schade und am besten geeignet sei, die zukünftigen Kompromißbemühungen zu fördern. Zwischen diesen Alternativen könne kein Mittelweg gefunden werden, solange Poincaré an der Macht sei. Der französischen Regierung müsse mitgeteilt werden, daß die augenblickliche Lage unmöglich sei. Das konservative Kabinett vertrete nur eine Minderheit der Wählererschaft, die Billigung der Ruhrpolitik beschränkte sich auf eine Minderheit der Konservativen; die große Mehrheit des britischen Volkes widersehe sich durchaus der militärischen Eroberung des Ruhrgebietes und der Teilung Deutschlands. Die englische Regierung müsse gegebenenfalls einer anderen Regie-

rang Platz machen, die diese Ansicht fester vertrete. Wenn Frankreich seine Wiederherstellungspolitik nicht ändere, könne dies einen Bruch sowohl des Versailler Vertrags als auch der Entente darstellen. Es müsse Frankreich mitgeteilt werden, daß die britischen Truppen zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Rhein zurückgezogen werden müßten und dies bedeute, daß England jede Verantwortung für irgendeinen Teil des durch den Versailler Vertrag begründeten Systems ablehne.

Das Sonntagsblatt „Observer“ gehört dem konservativen Ehepaar Lord und Lady Astor. Seine politische Tendenz nähert sich allerdings mehr den Anschauungen der Lloyd-George-Liberalen.

Das andere Frankreich.

Paris, 19. Februar. (W.B.) Der sozialistische Abg. Compère-Morel legte im „Populaire“ die gestern in Paris erfolgte Doppelwahl des Verurteilten der Schwarz-Meer-Flotte, Marty, dahin aus, daß die Wähler von Paris sich darüber klar gemacht seien, daß ihre Entscheidung weit über die Grenzen ihrer Stadtviertel hinausreiche. Demgemäß hätten sie mit wunderbarer Disziplin nicht nur für Marty, sondern auch gegen die national-liberale Reaktion und die Abenteuerpolitik gestimmt. Werde jetzt Poincaré auf seiner wahnhaften Expedition nach dem Ruhrgebiet bestehen, zu der die Kammer von 1919 ihn verdrehtlich hingewiesen habe? Werde er in einer gewissen Verwirrung vor der Geschichte die schreckliche Verantwortung dafür übernehmen, die jahrreichen Freundschaften zerbrochen zu haben, die bis jetzt Frankreich unter den zivilisierten Nationen befehlen habe und werde er das Land moralisch, wirtschaftlich und finanziell isoliert dastehen lassen in einer Welt, in der Hoff und Begehrtheit die schlimmsten Gefahren über Frankreich heraufbeschwören könnten? Compère-Morel schließt mit den Worten: Angeklagter Poincaré, antworten Sie!

Kopenhagen, 19. Februar. (W.B.) Die Zeitung „Politiken“ veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des Blattes in Paris mit dem französischen General Sarrail, dem früheren Oberkommandierenden der alliierten Truppen im Orient (der sich bekanntlich mehrfach im Sinne einer Verständigung mit Deutschland ausgesprochen hat, D. Red.) gehabt hat. Sarrail erklärte u. a.: Ich habe den Eindruck, daß die Politik unserer Regierung im Ruhrgebiet und am Rhein uns für immer des Rufes des Edelmites berauben wird, den unsere Traditionen seit der großen Revolution und unsere Haltung im Kriege uns in den neutralen Ländern verschafft haben. Ich würde mich freuen, wenn ich die öffentliche Meinung in Dänemark darüber aufklären könnte, daß es in Frankreich neben Poincarés Bewunderern und Verteidigern auch Männer gibt, die seiner Politik nicht folgen und den Weg der gesunden Vernunft, das heißt

den Weg der internationalen Veröhnung.

beschreiten wollen. Besser als ich erzählen die Tatsachen, welche Mißerfolge die Befreiung darstellt, die Poincaré ehrgeiziger Traum war. Höchstwahrscheinlich werden durch die Ruhrexpedition die Reparationen nicht gesichert werden. Das einzig Sichere, das das Unternehmen uns einbringt, sind die Kosten. Selbst für den Fall des nachgehens Deutschlands würden wir keine Zahlungen erhalten. Deutschland hat bereits nachgegeben und am 11. November 1918 kapituliert. Es hat auch danach mehrmals nachgegeben, und wir haben es in hohem Maße gedemütigt. Die Reparationsfrage ist nicht nur eine deutsch-französische, sie ist in rechtlicher Beziehung eine interalliierte und in Wirklichkeit eine internationale Frage. Es handelt sich nicht mehr darum, das stählerne Spielzeug in Zylinderform, das den Tod und die Glorie (so nennt man es ja) um sich verbreitet, in die Ferne zu senden, es handelt sich jetzt vielmehr darum, die

Weltwirtschaft wieder herzustellen.

Sarrail bedauerte dann, daß Brantings Vorschlag, die Ruhrfrage dem Völkerbund zu unterbreiten, abgewiesen worden sei, da dieser die einzig mögliche Zuflucht bilde, und fuhr fort: Daß man Deutschland noch immer nicht in den Völkerbund aufnimmt, ist eine Absurdität. Die Geschichte lehrt uns, daß alle Völker ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Mag der französische Staat in erster Reihe sein Gewissen befragen. Frankreich schuldet den Alliierten, bezahlt aber weder Zinsen, noch macht es Abzahlungen. Warum wenden wir uns nicht an den Völkerbund? Dieser Schritt kann doch unmöglich schlechtere Ergebnisse haben als die, die sich aus der Ruhroperation ergeben werden. Wir wollten die Nationalisten und den Appell-Poincarés befriedigen; insbesondere wollen wir den nationalen Mod zustellen. Unsere Soldaten stehen in Essen, Dortmund und Bochum. Wir haben aber dabei ganz Europa gegen uns.

Völkerbund und Ruhraktion.

Während der letzten Sitzung des Völkerbundes in Paris hat sich, wie die Eco-Korrespondenz meldet, der Völkerbundrat gegen den Widerspruch Frankreichs in einer Geheim Sitzung mit der französisch-belgischen Ruhraktion befaßt. Näheres darüber sei nicht zu erfahren.

Die Offensive der Faschisten.

Rom, Mitte Februar.

Auf die anfallsweisen Drohungen des Ministerpräsidenten ist dieser Tage die seit langem in Aussicht gestellte Aktion erfolgt: man hat angefangen, in allen Städten Italiens zu Hunderten Kommunisten und Sozialisten zu verhaften. Da nun gerade vom 6. bis zum 10. Februar der italienischen Kammer ein kurzer Augenaufschlag als Unterbrechung eines langen Schlafes (vor April wird sie nicht wieder einberufen) gewährt worden war, lag der Gedanke nahe, von dem Ministerpräsidenten Erklärungen über die innere Politik zu verlangen, wie das in früheren Zeiten Sitte war, als man glaubte, die Verantwortlichkeit der Regierung sei Verantwortlichkeit, nicht des Privatmannes gegenüber seinem Gott, sondern des Ministers gegenüber seiner Kammer. Die Leute, die diese veraltete Meinung hatten, sind durch die nachstehenden Erklärungen Mussolinis eines besseren belehrt worden. Der Ministerpräsident Mussolini sagte am 10. Februar in der Kammer:

„Ich habe es abgelehnt, mich auf eine der üblichen allgemeinen Diskussionen einzulassen, bei denen nichts herauskommt. Solange ich am Regierungssitz sitze, wird die Kammer nicht zur Volksversammlung werden. In Sachen der inneren Politik gibt es nichts zu diskutieren; was geschieht, geschieht auf Grund meines ausdrücklichen und direkten Willens und auf meinen deutlichen Befehl, für den ich natürlich volle persönliche Verantwortung übernehme. Es ist also zwecklos, die Beamten der verschiedenen Verwaltungen zur Zielscheibe zu nehmen. Es kümmert mich gar nicht, ob ein Komplot existiert, in dem Sinne, den man bisher diesem Worte gab. Das werden die zuständigen Instanzen feststellen; es existieren Leute, die sich der Illusion hingeben, angefaßt den Staat und den Faschismus zu bekämpfen. Diese Illusion müssen sie jetzt nachgerade verloren haben und werden sie in Zukunft noch mehr verlieren. Der Unterschied zwischen dem liberalen und dem faschistischen Staate besteht gerade darin, daß der faschistische sich nicht nur verteidigt, sondern auch angreift. Wer die Absicht hat, ihn im Innlande zu verkleinern, soll wissen, daß dieses Geschäft schwerstes Risiko mit sich bringt. Die Feinde des faschistischen Staates sollen sich nicht wundern, wenn ich streng mit ihnen umgehe.“

In der Tat ist man in Italien in den letzten Monaten dahin gekommen, sich über nichts mehr zu wundern. Was Mussolini sagt, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es sind in den letzten Tagen viele Hunderte von Personen unter der Beschuldigung verhaftet worden, ein „Komplot gegen die Sicherheit des Staates angezettelt“ zu haben. Mussolini tut nun der Kammer zu wissen, daß die Verhaftungen auf seinen ausdrücklichen Befehl erfolgt sind und daß es ihn nicht kümmert, ob die Anschuldigung, die die legale Grundlage und Handhabe der Verhaftungen bildet, berechtigt ist oder nicht. Es ist dies ein durchaus origineller Standpunkt, nämlich die Ablehnung der Legalität, nicht durch eine revolutionäre Partei, sondern durch das verantwortliche Oberhaupt der Regierung, die bestellt ist als Ausdruck und Sachwalter der Legalität und als solche über die Exekutivorgane verfügt.

Es gibt als Tatsache ein Staatsgebiet und eine geschichtlich gewordene Organisation mit Regierung und Regierten, die nie und nimmer gleichbedeutend werden kann mit einer Partei oder einer Richtung. Heute steht in Italien diese Organisation unter der Diktatur einer Partei, der faschistischen, und das gibt Mussolini selbst zu, indem er von der Offensive gegen seine Feinde spricht. Man denke sich einen Staat, der gegen seine eigenen Bürger zur Offensive übergeht! Der Staat hat seiner landläufigen Definition nach den Zweck, das Recht zu schützen und zur Geltung zu bringen. Es ist ein Widerspruch in sich, daß er, ohne sich um die Rechtsseite zu kümmern, zur Offensive gegen seine vermeintlichen Gegner übergeht; der Definition nach kann er nur Gegner haben, die das Recht verletzen. Im modernen Staate gibt es keine Gegnerschaft innerhalb des Rahmens der Legalität. Mussolini hatte die Möglichkeit, diesen Rahmen zu verengen und dann loszuschlagen, zu jener langverheißenen „Reinigung“ der Gegner. Er hat das nicht getan, sondern hat, unbekümmert um das Recht, zugeschworen, aber nicht gegen die Gegner des Staates, sondern gegen die Gegner des Faschismus, gegen die, die die Interessen der heute herrschenden Partei verletzen oder einmal verletzen könnten. Man hat den Begriff des alten guten patriarchalischen Polizeistaates wieder auffrischt, zusammen mit dem etwas subjektiv gefärbten Begriff des Gottesgnadentums, das vom König auf den Ministerpräsidenten herabgerutscht ist.

Es handelt sich also um eine Offensive der zur Regierung gelangten Partei gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Gegner, Offensive, die mit den Mitteln der staatlichen Exekutivgewalt ausgeführt wird, ohne die Fiktion des Rückhalts des bestehenden Rechtes. Mit dieser Fiktion hat Mussolini ganz offiziell gebrochen, und zwar nicht nur in der Parlamentsrede vom 10. Februar, sondern auch durch ein Telegramm, das er an demselben Tage an die Leitung des Faschis der Toscana gesandt hat. In einem Dertchen Toskanas haben sich zwei Faschisten untereinander toteschossen. Man

hätte meinen können, daß von Mussolini, der sich der religiösen Ergebenheit seiner Kohorten rühmt, eine Mahnung gegen Gewalt und Roheit kommen würde, wenigstens mit Rücksicht auf jene Fiktion, die gewisse praktische Existenzberechtigung hatte, solange das Strafgesetzbuch die Strafbarkeit des Mordes oder Totschlags als solchen gelten läßt, ohne Ansehen der Person des Getöteten.

Statt dessen telegraphiert der Ministerpräsident: „Verständlich mit lauter Stimme allen Faschisten der Toskana, daß das glühende Ziel für die Feinde des Vaterlandes und des Faschismus aufzuparen ist.“ Kein Wort der Ablehnung der Tat, die im vollen Frieden zwei junge Menschen auf das Straßengaspedal bettete; nur ein Bedauern, daß man nicht auf Gegner des Faschismus geschossen hat; nichts, als der Mörder um zwei verschobene Kugeln. . . . Das ist etwas wenig für den, von dem die italienische Jugend eine Parole erwartet, oder der doch in dem Glauben dieser Erwartung lebt, handelt und . . . telegraphiert.

Wen aber die Regierung überall Komplote und Feinde vermutet, wie man in gewissen Bergigungen des Heroensystems lauter kleine Mäuse herumlaufen sieht, so ist auch unverkennbar, daß sie diese Feinde und Gegner selbst erschrecken läßt, indem sie den Begriff der Statruere nachgerade dermaßen überspannt, daß selbst das biegsamste Rückgrat schwer jene Bindungsfähigkeit beizubringen kann, die für Aufnahme und Verbleiben unter den Ermäßigten nötig ist. Was wird die Regierung zum Beispiel mit dem Oberstaatsanwalt von Trani anfangen, der in der Voruntersuchung die Einstellung des Verfahrens gegen die im Januar in Lecce verhafteten Kommunisten beantragt hat, weil die ihnen zur Last gelegte Handlung nicht strafbar sei? In mannhaften Worten, die Taten mehr ehren als der blutrünstige Wortschwall seiner Minister, vertritt der Oberstaatsanwalt Italo Filo die Straflosigkeit der Verhafteten. Er schreibt:

„Die in dem Parteiprogramm ausgedrückten und auf den Mitgliedschaften wiedergegebenen Prinzipien stellen kein Gebotensgebilde der heutigen Angelegenheiten dar, auch nicht von zeitgenössischen Umständen der sozialen Ordnung im allgemeinen und des Eigentumsrechts im besondern, sondern sie sind vielmehr, wie bekannt, die Grundlagen kommunistischer Theorien, die auch in ferner Vergangenheit von Männern wiederholt worden sind, in widersinnigen Formen, als Ausdruck der gleichen mangelnden Logik und der gleichen Verblendung durch utopische Visionen, Grundlagen, die wir bei Thomas Morus und Godwin und mit gewaltiger Genialität bei Thomas Morus finden, in dem phantastischeren Bilde einer Gesellschaft, die, wie ihr Name sagt, nie existiert hat und nie existieren wird.“

Man braucht nur die Voreingenommenheit zu überwinden, zu der träge Auffassungen, die uns nicht ansprechen, uns verleiten können und sich in die Atmosphäre strengster Objektivität zu versetzen, die der hohen Funktion des Gerichts angemessen ist, um sich zu überzeugen, daß die Anklage jeder juristischen Grundlagede entbehrt. . . .

Wenn im Hinblick auf die Bedeutung der den Staat bedrohenden Gefahr der Versuch dem vollendeten Verbrechen gleich geachtet wird, so müssen doch immer die juristischen Umstände des strafbaren Verfalls gegeben sein; man kann aber nicht eine Meinung, eine Auffassung, einen Vorfall bestrafen und noch weniger feigen, wenn er auch politisch verwerflich ist und der Mehrheit der Bürger nicht annehmbar. Es ist kaum nötig, hinzuzufügen, daß außer einem Beginn der Ausführung auch Gewalttat vorliegen mußte, wenigstens moralische, die dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend zum Begriff des betrübten Verfalls gehört. . . .

Und wenn bei uns solche Prinzipien, von der Beschaffenheit ihrer Apostel abgesehen, sicher nicht die Zustimmung der Mehrheit erlangen, die die Erinnerung der überstandenen Leiden flug gemacht hat, so kann man daran nicht den Grund anerkennen — unter Beugung von Freiheits- und Rechtsbegriffen, die in jedem Kulturregime grundlegend sind — daß man strafrechtlich diejenigen Ideen verfolgen und unterdrücken soll, die unsern Gefühl und unsern persönlichen Sympathien nicht entsprechen.“

Wenn mit dem Februar 1923 die faschistische Offensive in Italien beginnt, so stößt sie gleich zu Anfang auf ein Doku-

ment furchtloser Gegenoffensive, in der ihr ein Mann entgegentritt, den eben seine Mannhaftigkeit zum „Feinde des Faschismus“ stempelt. Und so schafft sich der Faschismus bei seiner panischen Furcht vor jeder Gegnerkraft und durch die von dieser Furcht eingegebene Gewaltwirtschaft eine Kerntruppe von Feinden, denen ihr gerader Rücken zum Verhängnis wird. Auf die Dauer aber — und der Faschismus rechnet damit, wenigstens eine Generation lang über Italien zu herrschen — sind die biegsamen Rücken im eigenen Lager die schlimmsten Feinde jeder Partei.

Hitlers Siegesfeier.

Knilling bittet um gutes Wetter.

Die bayerische Regierung ist zwar am 27. Januar vor den Drohungen Hitlers zurückgeschreckt, aber man durfte zumindest die Hoffnung hegen, daß sie aus den unerschämten Provokationen dieses „Führers“ und seiner Bande die Erkenntnis schöpfen würde, daß es ihrem Ansehen einträglich sei, diese Gesellschaft zu meiden. Wer so viel Laft von der bayerischen Regierung und ihrem Ministerpräsidenten erwartete, sieht sich heute schwer enttäuscht. Unter den Organisationen, die auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik verboten wurden, befand sich auch der Bund „Stahlhelm“. Vor einigen Tagen wurde das Verbot gegen ihn aufgehoben. Bei der ersten Versammlung — „Siegesfeier“ —, die dieser Bund nach der Aufhebung des Verbots in München veranstaltete, ließ es sich der bayerische Ministerpräsident, Herr v. Knilling, nicht nehmen, in höchstgelegener Person und in Begleitung seines Finanzministers zu erscheinen. Ja, noch mehr! Wie feierlich in der großen Kundgebung, in der Hitler und Ludendorff redeten, so nahm auch hier der Ministerpräsident das Wort zu einer Ansprache. Herr v. Knilling redete von der Einheitsfront zur Abwehr des französisch-belgischen Einfalls ins Ruhrgebiet, ohne daran zu denken, daß der Kampf der Leute um Hitler, zu denen auch die Stahlhelmsangehörigen gehören, in erster Linie den „Novemberverbrechern“ gilt. Herr Knilling erbat Verzeihung für die gegenwärtige Reichsregierung, insbesondere für Herrn Cuno. Es gelte heute mehr wie je, warmes Herz und kühnen Kopf zu bewahren. „Noch müssen wir so manches Bittere hinunterschlucken und die Zähne zusammenbeißen. Nicht immer alles herausreden, was wir im Innersten empfinden, aber immer daran denken.“ Herr Knilling hat zu diesen geheimnisvollen Worten keinen Kommentar gegeben. Man weiß also nicht, was er, wohl aber, was die „Stahlhelm“-Leute im Innersten empfinden. Soll man aus der Tatsache, daß der Ministerpräsident vor den Stahlhelmsleuten von dem redete, was „wir“ empfinden, den Schluß ziehen, daß er im Fühlen und Wollen mit diesen Rebellen einig ist?

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Bekenntnis des Herrn v. Knilling zum deutschen Vaterland ohne jeden Wert. Der bayerische Ministerpräsident sollte daran denken, welche ungeheuren Schaden seine Regierung durch das Zurückweichen vor den Hitler-Leuten verursacht hat, welche große Erbitterung es unter den im Kampf gegen die fremden „Eroberer“ stehenden Ruhrleuten hervorrief. Der neueste Seitenprung des führenden bayerischen Staatsmannes wird wider die Einheitsfront nach den Abwehrlinien der Ruhrbevölkerung wirken. Was sagt übrigens Herr Cuno dazu, daß der Führer des zweitgrößten Landes bei Geheimbändlern um Vertrauen für ihn wirbt?

Während der bayerische Ministerpräsident die bayerischen Rebellen auffordert, der Reichsregierung zu vertrauen, setzt die bayerische Radpresse in der unflätigsten Weise den Kampf gegen die Reichsregierung fort. Am 16. Februar brachte der „Riesbacher Anzeiger“ anlässlich der Reise des Reichspräsidenten nach Süddeutschland einen Artikel unter der Ueberschrift: „Genosse Ebert“, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Bene loquasti pater Sebastii! — oder ins Berliner Deutsch übersetzt: Du hast ja gebrüllt, Friß! Schade, Friß, daß Du diese Rede pro patria, ist gleich für das Vaterland, um ganze vierzehnhundert Jahre zu spät improvisiert hast.“

sind aber sonst wie Schafe, wenn man ihnen zu fressen gibt und sie der Freiheit beraubt, mit der sie nichts anzufangen wissen, wenn sie sie nicht mißbrauchen. Mit einem Wort: der Deutsche „liebt es, interniert zu sein“.

Was es heißt, interniert zu sein, wissen außer den paar tausend Deutschen, die während des Krieges drüben waren, vielleicht am besten die Saarländer, die sich in einer Art von camp de faveur befinden. (Sehr schwer zu überlegen: ein Lager, in dem interniert zu sein eine Gunst war, weil man während einiger Stunden am Tage innerhalb eines gewissen Umkreises ausgehen durfte und weil man als „franzosenfreundlich“ amtlich abgestempelt war.)

So ein Lagerdirektor oder Inspektor sagte nie anders zu uns als: „Meine Damen und meine Herren!“ Körperliche Mißhandlungen, selbst von Untergebenen, auch in Fällen offenen Widerstandes, waren große Seltenheiten. Man hat wohl mal mit dem Kolben gestoßen, aber nur bei offenem Widerstand, bei einer Art Revolte, z. B. weil die unterernährten Internierten sich widersetzten, als die Soldaten ihnen die Tonne Wasser, die sie eine halbe Stunde weit holen mußten, zum eigenen Gebrauch abnehmen wollten.

Rein, mit roher Gewalttätigkeit ging man nicht vor. „Rädelsführer“ wurden freilich nicht geduldet. Die flohen ins Loch, kamen ins Straflager, ins Gefängnis. Die anderen wurden müde gemacht mit favours, Zellenarrest und Unterernährung. Sonst aber waren wir natürlich frei — innerhalb des Lagers und der Lagervorschriften.

Aber bei aller Höflichkeit hat man uns verachtet wie die Hunde. Wir waren eben nur Deutsche! Künstlich kam man auch mit anderen Franzosen zusammen. Die hielten uns für Menschen, verachteten die Direktoren, Inspektoren und Präzedenzen und nahmen unsere Partei.

Die Leute aber, die jetzt an der Ruhr das Heft in den Händen haben, an der Ruhr wie im Saarland und in Paris, das sind dieselben Leute, die uns interniert halten und hielten. Erst schob man uns nach „provisorischen Konzentrationen“ ab, von wo wir ins Ausland oder nach einem beliebigen Orte im Innern Frankreichs reisen sollten. Das war die Ingenieurkommission des Ruhrgebietes. Es kam aber die Internierung. Waren wir „Kug“, das camp de faveur; waren wir auffällig, das Straflager.

Die Ruhrbewohner hat man zunächst interniert und stellte ihnen ein camp de faveur in Aussicht, falls sie „Kug“ sein würden. Die hartköpfigen Besten waren aber nicht „Kug“. Ich kenne das, denn ich bin auch im Straflager gewesen.

Gerda Heim zeigte sich im Blüthneraal einem dankbaren Publikum in ihren neuesten Tänzen. Ein sorgfältig gewähltes Programm gab ihr Gelegenheit, gute Technik und Ausdrucksfähigkeit zur Geltung zu bringen. Besonderen Beifall erzielte sie in einem mit wogender Grazie getanzen „Walzer E-Moll“ von Chopin, dem temperamentvollen „Tanz“ von Dvorak, den Spigentänzen im „Walzer“ von Blozounow und der „Humoreske“ von Chopin, ihre Karikaturen, wie die eben genannte „Humoreske“ und „Capriccio“ von Lehar, zeigten von gutem Humor. Weniger glücklich war das Chopinische „Vergo“. — Die Vorführung litt etwas unter der frohigen Wärme des kaum abgekühlten Blüthneraalcs. rd.

Bergsch nicht, Genosse Ebert, daß Du und Deine Mitarbeiter vorbereitet und geschossen haben, was Deutschland heute erlebt. Du und Deine Freunde haben im Grunde genommen kein Recht zur Klage, Ihr habt, wenn nicht gewollt, gefördert, was heute ist.

Ich will Deiner langsam fortschreitenden Erkenntnis zu Hilfe kommen und Dich lebend machen. Vielleicht findest Du, wenn das deutsche Volk zum Himmel schreit und Proletarier und Bourgeois Arm in Arm miteinander als Bekker durchs Leben wandeln, vielleicht sage ich, findest Du den Mut, Dich und die Genossen anzuklagen, dieses namenlose Elend über Deutschland heraufbeschworen zu haben.

Vielleicht, daß uns endlich der Knopf aufgeht, Friß! Deine Karlsruher Philippika läßt tief blicken: Sie gibt zu denken. Für den, der zwischen den Zeilen lesen kann, ist es ein glattes Verständnis.“

Wir erwarten nicht, daß die bayerische Regierung das Gesetz zum Schutze der Republik anwendet, um gegen die Schmierfinken vom „Riesbacher Anzeiger“ vorzugehen. Von der Reichsregierung aber verlangen wir, daß sie nicht nur im Interesse des Ansehens der deutschen Republik und des vom deutschen Volk gewählten Staatsoberhauptes, sondern vor allen Dingen im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Kampfes um das Ruhrgebiet seinerseits Maßnahmen trifft, um dem bayerischen Preßgesichter endlich einmal das Handwerk zu legen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es auf die Dauer nicht ertragen, daß der aus ihr hervorgegangene Reichspräsident in dieser Weise heruntergerissen wird, ohne daß auch nur einer der Gesetzesparagrafen angewendet wird, der es ermöglicht, diesem Zustand ein Ende zu machen.

Ein Märtyrer.

Berlin, 19. Februar. (W.F.) Wie der bisherige Berliner Korrespondent des „Temps“, M. de Guilleroville, seinem Blatt berichtet, hat er Berlin verlassen, weil er seit der Ruhrbesetzung dauernden Belästigungen durch die Polizei ausgesetzt gewesen sei. Er sei auf die Polizei zitiert worden, habe jedoch auf Rat seiner Bekannten der Aufforderung nicht Folge geleistet, um sich einer Verhaftung zu entziehen.

Dieser Erzählung liegen folgende Tatsachen zugrunde: Guilleroville hat unter dem Namen „Baron de Guilleroville“ über drei Monate im Hotel Adlon gewohnt, trotzdem hat er sich beharrlich geweigert, der polizeilichen Anmeldepflicht zu genügen, die bekanntlich für jeden Gast eines deutschen Hotels besteht. Der Hoteldirektion die hierzu nötigen Angaben zu machen, hat er wiederholt mit der Begründung abgelehnt, es handle sich hierbei um eine Schitane, der er sich nicht zu unterwerfen brauche. Als er auf seine letzte Weigerung hin von der Polizei die übliche Vorladung erhielt, hat er Berlin verlassen. Die Möglichkeit einer Verhaftung hat selbstverständlich nur in seiner Einbildung bestanden. Guilleroville hat seine Abreise mit den Erfahrungen begründet, die kürzlich ein französisches Ehepaar in Berlin gemacht haben soll. Diese Erfahrungen herbeizuziehen legt für den „Temps“-Berichter kein Anlaß vor. Das betreffende Ehepaar namens Looseld ist nämlich des Landes verwiesen worden, weil es sich des Mädchenhandels verdächtig gemacht hatte.

Baron oder nicht — dem Herrn de Guilleroville wird man im Lager der deutschen Republikaner keine Träne nachweinen. Dieser „Temps“-Korrespondent war seit drei Jahren ununterbrochen und unermüdet im Dienste der Völkerverhetzung tätig. Mit einer deutschen Wägen verheiratet, unterhielt er die besten Beziehungen sowohl zu den preußischen, wie auch zu den bayerischen reaktionärsten Kreisen. Während er mit einer Gehässigkeit fondergleich alle republikanischen Führer und Parteien verfolgte und insbesondere die Sozialdemokratische Partei systematisch mit dem Bolschewismus verwechselte, renommierte er stets mit seinen ausgezeichneten Beziehungen zu monarchistischen Generälen und sonstigen Kappisten, über die er unvergleichlich besser zu sprechen war. Im Jahre 1920 siedelte er nach München über und feierte in den höchsten Tönen des Lobes und der Sympathie die Rührsche „Ordnungsgesetze“ im Gegensatz zu der „Berliner Böbelherrschaft“. Dabei suchte er natürlich durch seine Auffänge die französische Politik im Sinne des bayerischen Separatismus zu beeinflussen.

Zum Umbau der Staatsoper schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst: „Durch die Presse sind in jüngster Zeit Nachrichten über einen geplanten Umbau des Opernhouses in Berlin gegangen, an die Bemerkungen geknüpft wurden, die dem Preussischen Finanzministerium Geheimministermerci, Arbeiten hinter verschlossenen Türen u. dgl. vorzuerufen, Vorwürfe, die in keiner Hinsicht begründet sind. Die Sachlage ist die, daß alsbald nach Abschluß des Krieges, als der Neubau des Opernhouses endgültig aufgegeben werden mußte, an die Ausarbeitung von Vorschlägen gegangen wurde, welche in erster Linie die Befreiung des Knobelsdorffschen, an hervorragender Stelle Berlins stehenden und hohen Denkmalswert besitzenden Opernhouses von den wenig schönen, einen Notbehelf darstellenden äußeren Notzwecken, bezweckten. Deren Befreiung bedingt ohne weiteres gewisse bau- und verteidigungspolitische Verbesserungen im Innern des Gebäudes. Daß dabei die Erscheinung des Baudenkmals nicht beeinträchtigt werden soll, ist eine selbstverständliche Forderung. Vor allem wird darauf geachtet werden, daß der von Langhans herrührende Zuschauerraum, welcher künstlerisch wie architektonisch zu den besten bestehenden gehört, unverändert erhalten bleibt. Von Geheimministermerci war bei diesen Vorarbeiten keine Rede. Sowohl andere beteiligte Behörden als auch namentlich die Akademie des Bauwesens sind mit der Angelegenheit befaßt gewesen. Sobald die Vorarbeiten soweit gefördert sind, werden sie auch der breiteren Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.“

Diese amtliche Erklärung befähigt im wesentlichen die Mitteilungen, die wir am 10. d. M. veröffentlichten, und sie ist keineswegs geeignet, die von uns geäußerten Bedenken gegenstandslos zu machen. Es genügt nicht, daß Behörden und Akademien mit der Angelegenheit befaßt werden, sondern die ganze, künstlerisch interessierte Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, was hier eigentlich geplant wird. Wir leben nicht mehr im wilhelminischen Zeitalter, wo eine souveräne Rabinettkunstpflege über den Kopf des Volkes hinweg nach Belieben schalten und walten und das Berliner Stadtbild ungestört umgestalten und eventuell verhängen durfte. Heute hat die Öffentlichkeit das Recht und die Pflicht der Kontrolle, und sie darf sich nicht mit einer nachträglichen Kritik dessen begnügen, was die Kunstbureaukratie ausgeführt hat und was nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Wir verlangen und erwarten daher, daß die amtlichen Pläne der Öffentlichkeit vorgelegt werden, bevor auch nur ein Schritt zur praktischen Ausführung getan ist.

Der Preis des deutschen Buchs im Ausland. Die Vorstände des Bärenvereins der deutschen Buchhändler zu Leipzig und des Deutschen Verlegervereins haben in einer gemeinsamen Sitzung die Beschlüsse gefaßt, die aus dem Ausland über die Ueberspannung der von einzelnen Verlagsfirmen festgesetzten Preisobergrenze in fremder Währung kamen, geprüft und veröffentlicht im Bärenblatt eine Erklärung, daß sie diese Beschlüsse zum Teil als berechtigt anerkennen. Im Einvernehmen mit der Außenhandelsabteilung für das Buchgewerbe, die diese Preise zu prüfen habe, seien daher die Vorstände der Ansicht, daß zu hohe Auslandspreise alsbald wieder herabgesetzt werden müßten. Als nicht zu hoch könnten nur solche Preise gelten, die die Vorkriegspreise im Ausland für Werke gleicher Ausstattung und Gabe im allgemeinen nicht übersteigen.

Interniert.

Von Jost.

Wie jedermann, lese ich mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet. Etwa so, wie man während des Krieges die Nachrichten vom Kriegsschauplatz gelesen hat. Es ist das der neue Kriegsschauplatz, wo mit den modernsten Waffen auf der einen, mit den veralteten Waffen des Militarismus auf der anderen Seite gekämpft wird.

Die Herren André Beseore, Léon Daudet und wie die Namen noch heißen mögen, denken ganz recht, als sie ihre Warnungsrufe vor dem geheimen deutschen Heer, das in die Millionen gehe, erhoben. An der Ruhr allein steht eine deutsche Armee von mehr als einer Million Mann. Es ist in den Kohlenruben und Hochöfen, in den Fabriken und Bahnhöfen versteckt, das heimliche Heer der Arbeiter!

Was fängt man mit diesen Leuten an? Sie stellen sich nicht zum Kampfe, gehen an den gepanzernten Autos und Tanks, die sie hoch zu See schleppen könnten, vorbei, als wären es hilflose Vogelchen. Schießt man wirklich einmal einen über den Haufen, um diesen Leuten zu zeigen, daß die Flinten und Maschinengewehre nicht mit Quarzsteine geladen sind, dann gibt es gleich in der ganzen Welt ein Geschrei, als sei der Himmel eingestürzt.

Ja, die Welt ist unerbittlich und begriffsstutzig.

Es ist wahr: wir verstehen die Franzosen nicht, wenigstens die nicht, die die Befreiung der Ruhr gewollt, durchgeführt, gebilligt haben oder geschehen ließen, „weil man aus nationalem Pflichtgefühl der Regierung nicht in den Arm fallen darf“. So wenigstens sagte Herr Herriot, der Führer der bürgerlichen Radikalen. Herr Jost, nannte ihn Daudet bereits vor 1914, weil Herriot die logischen Einrichtungen der deutschen Städte gerührt hatte. Immerhin, ich war vier Jahre drüben als Zivilisangener, und wenn ich mich auch nicht recht in die Gedankenwelt dieser Leute hineinreden kann — niemand kann aus seiner Haut heraus noch in die eines anderen hinein —, so weiß ich doch, wie die Herren Offiziere, Oberingenieure, Minister, Postkaiser, Journalisten und sonstige Polzeihäuptlinge sich die Ruhrbesetzung vorstellten. Denn auch die Ruhrbevölkerung ist jetzt interniert, wie die Saarbevölkerung, wie wir es waren, einen grauen Tag um den anderen, ein Jahr um das andere.

Zunächst muß man eins festhalten: in den Augen dieser Leute sind die Deutschen nur lödigen Menschen. Nicht Menschen im eigentlichen Sinne des Wortes, Menschen mit Ehr- und Selbstgefühl, mit Laft und Manieren, selbstbestimmende Menschen mit eigenem Urteil, die ihre Gedanken und Empfindungen auch offen und bestimmt aussprechen. Der Deutsche ist noch der festen Ueberzeugung dieser Leute nur ein halber Mensch, ein Mensch, der es liebt, gehämmelt, geschubst, unterdrückt zu werden. Ein Mensch, der weniger sein empfindet, nur denkt, was man ihm zu denken vorschreibt, nur ausspricht, was er mit seiner persönlichen Sicherheit für vornehm hält. Er ist nicht dumm, aber verblödet; er ist unermüdlich oder hoffähig, er magest aber der Manieren und des Wohlhaltens. Solche Menschen können gefällig werden. Sie

Brot und Arbeit fürs Ruhrgebiet!

(Drohbericht unseres Sonderkorrespondenten.)

Dortmund, 19. Februar. Mehr als fünf Wochen stehen die französisch-belgischen Truppen jetzt im Ruhrgebiet. Ihre Führung hat versucht, mit Francs, mit Weisbrod und später mit erbärmlichen Gewalttaten die Bevölkerung für fremde Dienste willig zu machen. Und der Erfolg? Das Zuckerbrot hat ebenso wenig geholfen wie die Reiterpeitsche. Das ist das Bemerkenswerteste an der Ruhrbesetzung, daß sie trotz der fünf Wochen Abwehrkampf, die manches seelische Opfer forderten, auch heute noch die notwendige moralische Widerstandskraft besitzt und vor allem zeigt. Gewiß sehnt jedermann ein baldiges Ende dieser Zeit herbei. Aber die Arbeiterschaft und ihre Führer sind sich auch einig darin, daß dieses Ende unter erträglichen Umständen herbeigeführt werden muß.

Die Reichsregierung kann vieles dazu beitragen, daß diese allgemeine Auffassung auch in Zukunft bestehen bleibt. Unsere Arbeiterschaft weiß, daß das gegenwärtige Kabinett Verhandlungen nicht von einer vorherigen Entziehung der Ruhe abhängig macht; sie wünscht aber, daß diese Auffassung einmal klar und deutlich zum Ausdruck kommt. Vor allem aber verlangen die Gewerkschaften mit Recht, daß dem Arbeiter schnellstens Einhalt geboten wird und das angekündigte Wuchergericht in Dortmund bald in Tätigkeit tritt. Die Einrichtungen von Lebensmittellagern an der Grenze des besetzten Gebietes, insbesondere die Schaffung großer Feitlager in Gütersloh und Rheda, findet Anerkennung. Darüber hinaus bleibt aber schnell zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, solange eine Zufuhr möglich bleibt, bei den Bergwerken und großen Hüttenwerken Rohmaterialien aufzukaufen, die von Zeit zu Zeit gegen Bezahlung an die Arbeiter jederzeit verkauft werden. Die Möglichkeit der Ausdehnung der zum Teil schon bestehenden Kantinen zum rationierten Lebensmittelverkauf scheint uns auch der Erörterung wert. Auch für Arbeitsmöglichkeiten muß gesorgt werden. Es dürfte kein Geheimnis sein, daß große ausländische Firmen infolge des Einbruchs in das Ruhrgebiet einen wesentlichen Teil der dort dem gegebenen Aufträge zurückgezogen haben, so daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen ist. Da Kohlen und Rohmaterialien überall noch genügend vorhanden sein sollen, scheint es angebracht, den sonst beschäftigungslosen Firmen Staatsaufträge zu geben. Ebenso bedarf das soziale Problem der Widmung. Am Montag ist in Heddingerhausen und Oberhausen ein großer Teil der Eisenbahnerwohnungen von den Franzosen gewaltsam geräumt worden, um für französisches Eisenbahnerpersonal Platz zu schaffen. Für die so drangalierten deutschen Frauen und Kinder sind zum Teil in Deynhäusen und anderen Städten des unbesetzten Gebietes Wohnungen zur Verfügung gestellt. Wir erwarten, daß auch weiterhin Vorsorge getroffen wird, um diesen Opfern französischer Willkür die seelische Last zu erleichtern.

Die Verkehrsverhältnisse, die für eine ausreichende Lebensmittelförderung bestimmend sind, können weiterhin nicht anders als schlecht bezeichnet werden. Es ist anzuerkennen, daß sich die Eisenbahndirektionen die größte Mühe geben, den Verkehr einigermaßen regelmäßig zu gestalten. Fortgesetzte Eingriffe der Franzosen, die hierin eine Hauptwaffe erblicken, machen das jedoch unmöglich. Neuerdings hat die Besetzung die Kontrollstation Scharnhorst verstärkt; desgleichen geht sie schärfer vor. Die Franzosen haben von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr jeden Güterzugverkehr auf der Strecke Oberding-Scharnhorst verboten. Die Transportzüge müssen sämtlich den Personenbahnhof Scharnhorst passieren, wo sie kontrolliert werden. Das bedeutet eine äußerste Erschwerung der Verkehrsverhältnisse. Auch Lebensmittelzüge müssen sich eine endlose Kontrolle gefallen lassen. Zum Teil werden sie ausgeraubt, zum Teil auch tagelang angehalten. Heute hatten wir Gelegenheit, einen derartigen Zug zu beobachten. Am Ende und Anfang je ein Posten, die sich an einem Feldfeuer Hüfte und Hände wärmten. Bei Personenzügen wird der Gepäckwagen untersucht.

Die Besetzung des Bahnhofes Weimar ergibt, verkehrstechnisch gesehen, keine Schwierigkeiten. Wesentlich ist die Inbesitznahme des Bahnhofes Herdeck-Dorsten durch die Belgier.

Bitte an den Osterhasen.

Bei den weiblichen Angestellten der Drochbner und anderer Versandhäuser läuft eine Petition um, in der es heißt: „Wir wollen den Krapfen nicht wiederhaben! ... Wir wollen ihn seiner Familie zum Osterfest 1938 wiedergeben!“

Lieber guter Osterhase,
Nach uns einen drohen Spott
Sten! uns zu der Osterfeier
Nicht dich reißt viel bunte Eier,
Bring zurück auch Schumanns Frühen.
Der setzt muß in Holland sitzen,
Sagungen ganz allein
Bloß mit einem Tippstrücker,
Und du weißt vom Trüge her,
Somo, fällt ihm furbar schwer.
Dich ihm wieder der Reife
Und der übrigen Familie.
Bitte, lieber Osterhase,
Dreh uns keine lange Nase!
Alle Mädchen auf der Bank
Sagen dann auch recht schön: Danke!
Peter Michel

Segelflug im Erzgebirge. Der Flugtechnische Verein zu Dresden hat, dem Vorbild der Adloner folgend, bei Gefang im Erzgebirge Übungen mit dem motorlosen Segelflug veranstaltet. Es sind auch bereits Erfolge erzielt worden, allerdings vorläufig nur auf kurze Entfernungen, bis zu einem Kilometer. Als erfolgreiche Segelflüger werden die Herren Ruitzer und Seifert genannt. Die Versuche sollen im Frühjahr fortgesetzt werden.

Wilhelm als Kinopopstar. Ein Film: „Der Kaiser im Exil“, der das tägliche Leben Wilhelms in Doorn zeigt und mit Genehmigung des Kaisers von einer amerikanischen Filmgesellschaft aufgenommen worden sein soll, wird in den nächsten Tagen in Amerika seine Uraufführung erleben.

Regierung kann man sein, ob sich Wilhelm in der Rolle des nationalen Märtyrers oder in der des glücklichen Hüttenbauers auf der Zimmerwand produzieren wird.

Im Fessling-Theater geht in Wanderung des Spielplans an allen Tagen dieser Woche Stern und Komödie „Bürger Schappel“ in Szene. Donnerstag: Haus.

Im Theater in der Königgräber Straße beginnt die Vorstellung des phantastischen Schauspiel „Aus dem Leben der Insekten“ ab heute (Dienstag) um 7^{1/2} Uhr.

Die Berliner Segelfluger eröffnen in der zweiten Hälfte des März ihre 43. Ausstellung in ihren Räumen am Fürstendamm 23, die der Kaiserin und Kaiser gewidmet sein wird. Neben den Werken der Mitglieder sind auch Reichstagsblätter zu sehen. Die Kasse öffnet sich in der Zeit von 11-1 Uhr im Eckcharakter am Fürstendamm 23.

Ganz Österreichs romantische Kontate „Von deutscher Seele“ wird vom Östlichen Gesangsverein am 28. abends 8 Uhr, im Kontextual der Östlichen akademischen Hochschule für Kunst, Dardenberggasse 23, Öst. Befreiungsfrage, zur Aufführung gebracht.

Herdeck-Dorsten, auf dem bisher unbesetzten anderen Ufer der Appen, ist Kreuzungspunkt und Uebergangsstation für den Verkehr von Münster nach Wesel. Bisher sind Eingriffe der Belgier in den Verkehr nicht erfolgt. Da Herdeck-Dorsten jedoch nur verkehrstechnisch Bedeutung hat, bleibt anzunehmen, daß die Stadt nur des Bahnhofs wegen besetzt wurde und daß die Belgier aus ihren Besetzungsmahnahmen auch bald die Konsequenzen ziehen. Heute nachmittag sind die Bahnhöfe Riemke, Präsident und Bochum-Nord erneut besetzt worden. Es scheint, daß die Franzosen als dritte Etappe die Linie Düsseldorf-Essen Nord-Bochum Nord-Bochum Dortmund militarisieren wollen. Viel Freude haben sie mit ihren Spielereien nicht. Ein Unglück folgt dem anderen. Die Lebretrogen sind die französischen Soldaten auch hier. Am Sonntag ist das 150. französische Infanterieregiment wegen Reuterei von dem 170. Regiment abgelöst worden. Teile des neuen Regiments, hauptsächlich zur Uebung eingezogene Reservisten, haben ebenfalls bald den Dienst verweigert. Kein Wunder! Während die Herren Offiziere die großen Herren spielen, die Reiterpeitsche spazieren führen und in guten Quartieren untergebracht sind, muß der einfache Soldat in der Kälte Tag und Nacht Wache stehen für nichts und wieder nichts und muß sich mit einfacher Kost und einfachem Quartier begnügen. Das erzählt die französische Presse ihren Lesern nicht!

Gelsenkirchen, 19. Februar. (Eigener Drohbericht.) Die Franzosen haben das Stadtimnere von Gelsenkirchen bis heute nachmittag nicht geräumt. Post, Telegraph und Eisenbahn sind besetzt. Ein Durchgangsverkehr ist möglich, jedoch fahren Züge nicht ab. Für das Innere des Stadtgebietes ist der Verkehr von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr verboten.

Nach amtlichen Feststellungen sind den Franzosen am Sonnabend und Sonntag durch Beschlagnahme etwa 90 Millionen Mark in die Hände gefallen, darunter ein Teil der Ruhrhilfe und von dieser wieder ein Teil in ausländischen Devisen, zum Teil gestifteten Franken, Dollar und Kronen. Durch Straßenraub ist ihnen, soweit bisher festgestellt werden konnte, die Summe von 1 700 000 Mark in die Hände gefallen.

In Dorsten wurde heute nachmittag von der französischen Besatzung für eine Million Mark Hausgerät beschlagnahmt. Das Gerät soll zur Einrichtung eines Kasinos dienen.

Immer neue Verhaftungen.

Düsseldorf, 19. Februar. (WZ.) Heute nachmittag gegen vier Uhr wurde der Oberbürgermeister Röttgen, während er mit den Beigeordneten und mehreren Stadtverordneten eine Besprechung abhielt, von einem Gendarmereioffizier verhaftet und in einem Kraftwagen fortgeführt. Der Oberbürgermeister erhob zunächst selbst Protest gegen diese Maßregel. Dann erklärte Stadtverordneter Adams namens der Führer der Stadtverordnetenfraktionen, der Oberbürgermeister genieße das Vertrauen der gesamten Bevölkerung. Er müsse gegen seine Verhaftung und Fortführung schriftlichen Einspruch erheben. Der Offizier ließ durch seinen Dolmetscher erklären, er könne Proteste nicht entgegennehmen. Darauf erwiderte Adams, der Protest werde bei dem General vorgebracht werden. Die Beamten und Angehörigen der Stadt stellen zum Protest gegen die Verhaftung des Oberbürgermeisters die Arbeit auf 24 Stunden ein. Die Organisationen des Handels und der Wirte beabsichtigen, ihre Betriebe während des Proteststreiks der Beamten ebenfalls zu schließen.

Düsseldorf, 19. Februar. (WZ.) Die Verhaftung und Ausweisung des Oberbürgermeisters Röttgen soll erfolgt sein, weil er es abgelehnt hätte, eine Bekanntmachung der französischen Behörden zu veröffentlichen, die dazu bestimmt war, die deutsche Bevölkerung durch Strafanandrohung in ihrer gerechten und mit friedlichen Mitteln durchgeführten Abwehr gegen die Gewalttätigkeit der Besatzung schwachend zu machen.

Offenburg, 19. Februar. (WZ.) Amtsrat Dr. Heuß wurde von den Franzosen ausgewiesen, weil er sich geweigert hatte, die gewünschten Zeugen im Gefängnis abzutreten. Er wurde im Auto mit unbekanntem Ziele fortgeschafft.

Ausdehnung der Besetzung.

Köln, 19. Februar. (WZ.) Die bisher noch freien Bahnhöfe Burselen, Mariendorf und Mariengrube sind seit 1 Uhr besetzt. Die belgische Besetzung des Bahnhofes Reuß ist am 15. d. M. abends durch Franzosen ersetzt worden. Bei der Güterabfertigung in München-Bladbach gehen die Belgier dazu über, von den deutschen Kaufleuten für die Erlaubnis zum Entladen dort stehender Wagen Gebühren zu erheben. Die Zahlung wird an die belgischen Kasernen verlangt.

Zeitungsverbote.

Essen, 19. Februar. (WZ.) Nachdem bereits vor einigen Tagen die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Eilener Allgemeine Zeitung“ von der Besatzungsbehörde verboten wurde, ist jetzt auch das dritte große Blatt Essens, die „Eilener Volkszeitung“ (Zentrum), für 14 Tage verboten worden.

Bochum, 19. Februar. (WZ.) Der „Bochumer Anzeiger“ ist erneut durch die französische Besatzungsbehörde auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Poincaré vor dem Ausschuss.

Paris, 19. Februar. (WZ.) In der heutigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten gab Poincaré nach dem finanziellen Kommissar ein eingehendes Exposé über die Entscheidungen der Besatzungskonferenz über die Zusage von Remels an Litauen mit der Autonomie der Stadt und einer Garantie für den Transit.

Er ging alsdann auf die Umstände und die Verletzungen Deutschlands ein, die in Ausführung des Friedensvertrags von Versailles die Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßt hätten. Er sprach über die Ausführung des von der belgischen und der französischen Regierung ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr auf den Eisenbahnen und über die Abschließung der neutralen Zone, um die Zufuhr von Kohlen, Koks, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis von dem Widerstand, der durch die deutsche Regierung veranlaßt sei, und von den Sanktionen, die gegen diejenigen Beamten ergriffen worden oder noch vorgehen seien, die die öffentlichen Dienstleistungen verweigerten. Poincaré erläuterte ferner die Maßnahmen, durch die das normale Leben (?) in den besetzten Gebieten sichergestellt werden soll.

Nach 34stündiger Auseinandersetzung unterbrach Poincaré sein Exposé über das Ruhrgebiet und schlug dem Ausschuss vor, es in der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu dürfen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Leggues, dankte dem Ministerpräsidenten für die umfassenden Erläuterungen, die er an der Hand von Texten und Dokumenten gegeben habe, die es nunmehr dem Ausschuss gestatten, sich Rechenschaft abzulegen von der auswärtigen Politik der Regierung und von den klugen (?) und festen Methoden, die sie angewendet habe, um die französischen Interessen zu schützen.

„Verfrüht“ Archivöffnung.

Eine Antwort, die einem Schulbekenntnis gleicht.

Der Pariser „Populaire“ druckt die Antwort Poincarés auf ein Schreiben des Vorsitzenden der französischen Liga für Menschenrechte, Abg. Ferdinand Buisson, ab, der ihn um die Veröffentlichung der diplomatischen Archive über die Vorgeschichte des Krieges ersucht. Die Antwort lautet:

Die Regierung ist der Auffassung, daß es verfrüht wäre, alle Dokumente des auswärtigen Amtes zu veröffentlichen, die sich auf die Entstehung des Krieges beziehen.

Die erinnert hierbei daran, daß im Laufe der Etablierung des auswärtigen Amtes gewisse Mitglieder der Kammer sowohl in den Ausschüssen wie auch in den Plenarsitzungen darauf hingewiesen haben, daß es nicht unbedenklich wäre, die Veröffentlichung der Dokumente betreffend den Krieg von 1870 fortzusetzen und daß sie sogar diese Veröffentlichung zu verlegen beantragt haben.

Deutschland, Rußland und Oesterreich haben ihre Archive restlos geöffnet und veröffentlicht, Herr Poincaré drückt sich aber — wohlweislich — davor, das gleiche zu tun und erklärt gar die Aftenvoröffentlichung über den Krieg von 1870/71 für verfrüht und bedenklich. Wie bedenklich müßte für ihn erst eine Archivöffnung sein, die sich auf die Jahre 1912—1914 beziehen würde!

Bucharin als Revisionist.

Moskau, 19. Februar. (WZ.) Nach Lenin ergreift in der „Jewetsija“ Bucharin das Wort und kündigt für den bevorstehenden zwölften Kongreß der Kommunistischen Partei die Vorlage eines neuen Programms an, da die bisherigen Grundsätze der Partei veraltet seien. Bucharin sagt in seinem Artikel wörtlich: „Das Wirtschaftsleben Sowjetrußlands bewegt sich in aufsteigender Linie, doch diese Wiedergeburt vollzieht sich außer durch eine Kräftigung der sozialistischen Formen (?) auch auf dem Wege eines Anwachsens der Kleinbürgerlichen und bürgerlich-kapitalistischen Formen. Es ergibt sich die Gefahr, daß wir durch ein noch rascheres Wachsen der privatkapitalistischen Wirtschaftsformen erstickt werden, hervorgerufen durch eine Spaltung des bisher einheitlichen Blocks der Arbeiter und Bauern. Diese Gefahren sind nicht die des heutigen Tages, doch sie bestehen. Die Befestigung des Blocks drängt sich daher auf die Tagesordnung und eine Reihe wirtschaftlicher Fragen des Kongresses müssen von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Unser Programm ist, was seinen gesamten konkreten Teil betrifft, sichtlich veraltet. Das ganze Gebiet der neuen Wirtschaftspolitik liegt außerhalb eines Gesichtsfeldes. Das Leben hat dieses Programm überflügelt. Das gleiche gilt auch für den dazugehörigen Kommentar, „das Abc des Kommunismus“. Auch er ist veraltet, weil das Programm veraltet ist. Wir brauchen daher ein offizielles Parteidokument, vorüber der bevorstehende Kongreß zu entscheiden hat.“

Der Ruffenprozeß vertagt.

Die gestrige Verhandlung in dem Verteidigungsprozeß, den der frühere Duma-Präsident Tschernoff gegen den Redakteur der inzwischen eingegangenen Zeitung „Nowi Mir“, Dr. Kersten, angestrengt hatte, konnte nicht zu Ende geführt werden, sondern unterlag auch diesmal wieder der Vertagung. Die Strafkammer stellte sich wie die erste Instanz auf den Standpunkt, daß eine Nachprüfung der von dem kommunistischen Blatte gegen den Führer der Sozialrevolutionäre erhobenen Vorwürfe nur dann möglich sei, wenn das Gericht in der Lage sei, alle Zeugen, die von beiden Parteien genannt werden, in Berlin zu hören. Die Verteidiger Tschernoffs erklärten, den Versuch machen zu wollen, die Verteidiger Tschernoffs in den russischen Kerkern stehenden Sozialrevolutionäre nach Berlin zu bringen. Es soll ein formeller Antrag an die russische Regierung gerichtet werden, um diesen Gefangenen einen Urlaub zu der Wiedereröffnung des Moskauer Prozesses gegen die Sozialrevolutionäre zu erwirken. Ein von den Beklagten gestellter Antrag, das Gericht möge sich offiziell wegen der Entsendung der Zeugen an die russische Regierung wenden, wurde vom Vorsitzenden abgelehnt, da das Gericht nicht befugt sei, die Hoheitsrechte der russischen Regierung anzutasten. Schließlich erklärten sich beide Parteien bereit, zu versuchen, ihre Zeugen bis zum nächsten Termin nach Berlin zu bringen. Das Gericht will sich darüber schlüssig werden, ob es General Sudendorff als Zeugen vorladen wird.

Arbeiter gegen Hakenkreuzler.

Wien, 19. Februar. (WZ.) Wie die Abendblätter melden, hat die Polizei in der Angelegenheit des blutigen Zwischenfalles bei der Gründung der monarchistischen Ortsgruppe in einer Wiener Vorstadt bisher 14 Verhaftungen vorgenommen, darunter den Führer der Terrorgruppe Ostara, Oberleutnant Szabo. Der Polizeipräsident erklärte Zeitungsberichterstattern, daß er infolge der Verwilderung des politischen Kampfes mit Führern verschiedener politischer Gruppen Fühlung genommen und durch sie an die Beobachtung die Mahnung gerichtet habe, Gewalttätigkeiten zu vermeiden.

In der gestern abgehaltenen Versammlung jugendlicher Arbeiter betonte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer, eine Wiederholung solcher blutigen Vorfälle werde die Arbeiterschaft zu rücksichtslosem Vorgehen veranlassen.

Sie brauchen einen Sieg.

Wie die Deutschvölkischen sich die Sache denken. Das Blatt für die willkommenen Gäste aus dem Osten, die völkische „Deutsche Zeitung“, hat endlich ein Mittel gefunden, das uns von den unwillkommenen Gästen aus dem Westen befreien kann. Die Sache ist sehr einfach:

„Das französisch-belgische Unternehmen kennzeichnet sich jetzt ganz offensichtlich als ein politischer Eroberungsplan mit dem Endziele, Deutschland wirtschaftlich nach Westeuropa und der Nordsee abzuschneiden und das ganze Gebiet westlich der Linie Hamburg-Osnabrück-Frankfurt a M.—Basel in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. Gegen politische Gewaltpläne aber hat passiver Widerstand noch nie zu einem Erfolge führen können. Einen Sieg, und wir brauchen einen Sieg, vermag nur tatkräftiges Handeln, aktive Abwehr zu erringen. Wird diese geführt nach dem einfachen Grundsatze: „Her ein seid ihr gekommen, heraus kommt ihr nicht wieder“, so ist die Schlacht am Birkenbaum, die Entscheidungsschlacht des Weltkrieges, für uns gewonnen.“

Der Herr Rautow, der in der „Deutschen Zeitung“ diese tiefgründige Weisheit verzapft, scheint erster Sachverständiger der Reichsfall-Massfall-Kommission zu sein. Ob sein Gesichtskreis über die Peripherie dieser sonst so nützlichen Instrumente hinausreicht, müßten wir bezweifeln.

Referat für Ruhrangelegenheiten. Das bei der Reichsanleihe durch den Geheimrat Kempner eingerichtete Referat für die Ruhrangelegenheiten ist dem aus Düsseldorf ausgewiesenen Bürgermeister Schmid kommissarisch übertragen worden. Aufgabe des Referats bleibt es, für möglichst rasche Vereinfachung der gesamten Arbeit auf diesem Gebiete zu sorgen. Die sachliche Bearbeitung der Ruhrangelegenheiten obliegt den zuständigen Reichs- und Landesministerien.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Saarbergleute.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Streiks hat der (alte) Verband der Bergarbeiter Deutschlands nach achtstägiger Streikdauer durch folgende Angaben aufgezeigt:

Die Bergwerksdirektion hatte 3 Frank Lohnerhöhung ab 1. Februar bewilligt. Nach ihren eigenen Angaben betrug die Kohlensteuer im Monat November 4,30 Frank pro Tonne Kohlen. Durch den Abbau der Kohlensteuer ab 1. Februar 1923 wurden 1,07 Frank pro Tonne Kohle zugunsten des Arbeitgebers gespart oder bei einer monatlichen Förderung von 900 000 Tonnen ungefähr 1 Million Frank. Da bereits am 1. Juni die Kohlensteuer ebenfalls um ein Viertel ermäßigt wurde, sind durch diese Maßnahme circa 2 Millionen Frank zur Verfügung, die ohne Einschränkung der bisherigen unnötigen Kosten des Bergbaues zur Erhöhung der Löhne Verwendung finden könnten. Die Erhöhung von 3 Fr. Lohn pro Schicht beträgt ungefähr 3,5 Millionen Mehrausgabe pro Monat, von denen bereits 2 Millionen durch den Abbau der Kohlensteuer als gedeckt anzusehen sind. Würde die Verwaltung die unnötigen Ausgaben für (französische) Schulen, Prämien, Luxus, Spiel usw., die mit dem Bergbau nicht das geringste zu tun haben, beseitigen, so wären für die 3 Fr. die Mittel vorhanden. Durch Einschränkung des Lebenslaufes der ungeliebten Amortisation und Erhöhung der Kohlenpreise im Ausland läßt sich die Forderung der Bergarbeiter erfüllen.

Durch den Streik der 72 000 Bergarbeiter ist in den ersten acht Tagen ein Förderausfall von täglich 40 000 Tonnen oder in den acht Schichten 320 000 Tonnen zu verzeichnen. Die Bergwerksdirektion gab an, daß der Durchschnittspreis 60 Frank pro Tonne betrage. Mitin ist in den acht Streiktagen ein Ausfall an Produktionswert von 19 200 000 Fr. festzustellen. Dazu kommt, daß täglich ungefähr 800 Arbeiter als Notstandsarbeiter beschäftigt werden, welche zum größten Teile nicht produktiv tätig sind. Weiter werden die Grubenbauten in einer Weise vernachlässigt, daß dadurch monatlang die Förderung leiden muß. In den acht Tagen ist also ein Produktionsausfall von 20 Millionen Frank entstanden, während nach Bewilligung der 3 Fr. Erhöhung die weiteren 4 Fr. monatlich nur 5 Millionen Frank erforderten. Mit dem bisherigen Ausfall in den acht Tagen hätte die Bergverwaltung vier Monate die Lohnerhöhung zahlen können, — doch dem Kapital ist das stets gleichgültig gewesen. Um die Arbeiterrechte zu verewigen, werden Wirtschaftsproben als Begehrte behandelt. Während man bei Bewilligung von Lohnanteilen mit den geringsten Beiträgen rechnet, werden bei Lohnkämpfen gegen die Arbeiter Millionen hinausgeworfen.

Auch für die übrige Arbeiterschaft macht sich der Bergarbeiterstreik bemerkbar. Wegen der durch die diktatorischen Maßnahmen der Bergwerksdirektion Straßenbahn und Lichterführung still. Die Hüttenwerke feiern zum Teil bereits, wo noch gearbeitet wird, geben die Kohlenvorräte zur Reize.

Aber auch das Budget der Regierung kommt aus dem Gleichgewicht, da die immerhin enormen Frachteingänge vom Kohlenexport ausbleiben.

Was fragt der Kapitalismus nach Wirtschaft! Was nach Ausfall von Produktion und daraus entstehenden Folgen! Wenn nur der Herrenstandpunkt gewahrt und seine Machtgefühle befriedigt werden.

Von der Drohung, den Lohn für sechs Schichten einzubehalten, hat die Bergverwaltung keinen Gebrauch gemacht. Dagegen sind den Bergarbeitern, die die Abkehr erzielten, die sechs Schichten Lohn verweigert worden. Bei der Auszahlung des rückständigen Lohnes wurden die Streikenden von den Verwaltungsbeamten namentlich gefragt, warum sie eigentlich streikten. — Die Eisenbahnleihe auf den Gruben sehen soll mit Waggons von Materialen, die nicht einladen werden konnten. — Die Polizeiverwaltung schickt Personen, die keine Einreisegenehmigung hatten, zum Hafen, um Kohlen zu verladen. Das wurde durchweg abgelehnt, weshalb die Betreffenden über die Grenze des Saargebietes abgeschoben wurden. Die Grubenwächter haben den Zutritt, die Namen der Streikposten zu notieren; auch Grubenbeamte helfen dabei mit. — Die Abschrift des Berichtes eines Chefkontrolleurs einer Inspektion, die für die Hauptdirektion bestimmt war, kam in die Hände der Hauptstreikleitung, die feststellte, daß aus dem Bericht eine niedrige Angeberei hervorgeht, während der Bericht zugeben muß, daß auf den Gruben alles ruhig ist. Trotzdem Militär. — Die Kohlennot macht sich immer mehr bemerkbar. Für den Fall, daß die Kohlenvorräte zur Speisung der Kraft- und Wasserwerke aufgebraucht sind, wie auch in den Bäckereien, stellt die Streikleitung sofort die nötigen Haier, um die im öffentlichen Interesse nötigen Kohlen zu graben. Dagegen wies die Streikleitung einzelne Erjuden an Geschäftsteile um Abgabe verdächtigter Lebensmittel zurück.

Die „neuen“ Hüttenbesitzer suchen der Bergverwaltung mit allen Schikanen gegen die Arbeiterschaft beizuspringen.

Französische Versuche (des Bloc Nationale und der Ligue des Grands Interests Economiques), den Streik in den Saarrevier als „politisch“ abzustempeln, scheitern an den wirtschaftlichen Tatsachen. Als die Saargruben 1919 in die Hände Frankreichs kamen, wurden den Bergarbeitern goldene Berge versprochen durch Einführung der Franklöhne. Die gute Konjunktur und — die Zuschüsse der Propagandaabteilung für die Französisierungsbestrebungen brachten den Schichtlohn auf 23 Fr. Noch in demselben Jahre wurde der Lohn zweimal gekürzt, um sieben Frank, trotz steigender Lebensmittelpreise. Von Dezember 1921 bis Dezember 1922 stieg die Feuerungsleistung auf das 41fache, der Frank nur auf das 26fache. Seit dem letzten Tarifabschluß, August 1922, stieg die Feuerleistung auf das 9fache, der Frank auf das 6fache. — Die Löhne in Elsass-Lothringen sind durchschnittlich um fünf Frank pro Tag höher als im Saargebiet. Hinzu kommt der Fortfall bzw. die Einschränkung der Hausbrandkohle, ein Sparsystem auf Kosten der Betriebsfähigkeit, Antreibersystem, schikanöse Behandlung und anderes, als wirkliche Ursache des Streiks, den die Saarbergleute geschlossen durchführen bis zu einem guten Ende.

Arbeitsgemeinschaft und Klassenkampf.

In der neuesten Nummer der „Betriebsratzeitung“ des ADGB und des IFA-Bundes schreibt Genosse Dr. A. Striemer in einem Artikel „Zum Reparationsproblem“ unter anderem: „Alle die Schäden und Erschütterungen, die die Arbeiter befragen, das Treiben der Bürokraten, Spekulanten, Schieber und Bucherer lassen sich meiner festen Überzeugung nach nur beseitigen durch eine Zusammenarbeit der Arbeiter mit ihren Werte schaffenden Unternehmern, durch die Arbeitsgemeinschaft, die dafür sorgt, daß der Weg der Ware von der

Produktion zum Verbrauch der kürzeste ist. Beide Parteien müssen aber ganz bei der Sache sein, sonst steht eine Zusammenarbeit eben nur auf dem Papier, beide Parteien müssen geschlossene Organisationen sein, die Verpflichtungen eingehen, aber auch halten können.“

In einer Lage, wie sie in Deutschland besteht, ist der Schlachtruf zum „Klassenkampf“ Wahrsinn, denn die, die ihn fordern, vermögen selbst an die Stelle des Bestehenden nichts anderes, d. h. Besseres zu stellen. Helfen kann uns nur Stärke in der Arbeitsgemeinschaft, um dort die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten.“

Abgesehen von einigen Entgleisungen und selbst davon, daß diese scharfe Stellungnahme gegen den Klassenkampf in einer für Gewerkschafter bestimmten Zeitung recht eigenartig ausnimmt, begehrt Genosse Striemer einen verhängnisvollen Irrtum, wenn er glaubt, daß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Klassenkampf ausgeschaltet sei. Er selbst fordert die Stärke in der Arbeitsgemeinschaft, „um dort die Interessen der Arbeiter wirksam zu vertreten“. Er erkennt damit an, daß auch innerhalb der Arbeitsgemeinschaft die Klassegegensätze ausgeprägt werden müssen und daß das Ergebnis für die Arbeiterchaft günstiger oder weniger günstig sein wird, je nachdem in welchem Maße diese ihre zahlenmäßige und ideelle Macht durchzusetzen versteht. Als Ergebnis für die praktische Gemeinschaftsarbeit bleiben nur diejenigen Programmpunkte oder praktischen Forderungen übrig, über die nach dem Stand der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung ein Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern nicht mehr zu bestehen braucht, im Tageskampfe aber doch oft genug noch besteht. Durch Beratungen läßt sich freilich der Klassenkampf nicht erlösen. Und darum ist es auch vollkommen falsch, in der Arbeitsgemeinschaft das Mittelmittel zu sehen, das ihre ideologischen Anhänger sogar in ihr sehen möchten. Die Arbeitsgemeinschaft ist nur ein Rahmen für die Beratungstätigkeit, innerhalb dessen beispielsweise große sozialpolitische Fragen ebenso wenig allgemeingültig gelöst werden können wie grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu deren Entscheidung ein politischer Machtkampf erforderlich ist. Den Gedanken des Klassenkampfes aber innerhalb der Arbeitsgemeinschaft selbst anzuerkennen und den Klassenkampf als Wahrsinn zu bezeichnen, ist ein innerer Widerspruch, mit dessen Feststellung wir uns jetzt begnügen wollen.

Zur Angestelltenbewegung in der Metallindustrie.

Die gestrige Verlesung der Afa-Funktionäre der Metallindustrie nahm den Bericht über das Verhalten des Verbandes Berliner Metallindustrieller entgegen und faßte folgende Entschlüsse:

„Die am 19. Februar versammelten Afa-Funktionäre der Metallindustrie erklären, hinter ihrer Verhandlungskommission zu stehen, deren Verhalten sie voll anerkennen. Sie verurteilen die verheerende Verhandlungsart des Verbandes Berliner Metallindustrieller aufs entschiedenste. Sie sind gewillt, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß alle notwendigen Voraussetzungen getroffen werden in der Erkenntnis, daß man sich in der bisher üblichen Weise nicht abfinden lassen darf, sondern eine menschenwürdige Existenzmöglichkeit erringen muß.“

Die Kollegen werden ersucht, überall in den Betrieben zu den Tariffragen Stellung zu nehmen, da morgen wichtige Beschlüsse gefaßt werden.

Ist das Rundschreiben gefällig?

Zu dem im „Vorwärts“ Nr. 69 veröffentlichten Rundschreiben, das als ein Beitrag für die innere Umstellung der Unternehmer gemeldet wurde, dessen Existenz jedoch sowohl von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, wie dessen Unterschrift von Dr. v. Rager als angeblichen Unterzeichner lebhaft bestritten wird, schreibt „Der Tag“-Arbeiter in seiner Nr. 8 u. a.:

„Wir haben keinen Grund, an der Existenz und Richtigkeit des Rundschreibens zu zweifeln, obwohl wir wissen, daß die Spitzenorganisationen der Unternehmer nicht unter der angegebenen Firma firmieren. Die betreffenden Unternehmer aber, denen das Rundschreiben zugelandet worden ist, haben auf Vorhalt der Arbeitnehmer die Existenz und die Echtheit des Rundschreibens nicht bestritten. Diese Unternehmer haben lediglich darauf verwiesen, daß das Rundschreiben nicht Gegenstand der Verhandlung sei.“

Wir hoffen, in den nächsten Tagen in der Angelegenheit nähere Angaben machen zu können. Red. d. „T.“

Zentralbureau für internationales Arbeiterbildungswesen

Die erste internationale Konferenz für Arbeitererziehungswesen (Brüssel, August 1922) richtete an die Arbeitererziehungsorganisationen einen Appell, Studienreisen von Arbeitern nach dem Ausland und den Austausch von Schülern und Lehrern der höheren Arbeiterschulen mit allen Mitteln zu erleichtern. Vor allem dem Lehrer- und Schüleraustausch wolle sie Bedeutung beilegen, namentlich aus zwei Gründen, erstens um einer größeren Zahl von Arbeitern die Kenntnis der Verhältnisse in fremden Ländern zu verschaffen, zweitens, um über die Landesgrenzen hinaus freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Sie wendete sich insbesondere an den Internationalen Gewerkschaftsbund mit der Bitte, die Frage des Austausches von Schülern zwischen den höheren Arbeiterschulen der verschiedenen Länder und die Anlage eines internationalen Fonds in Erwägung zu ziehen, der den internationalen Austausch von Schülern erleichtern soll.

Sie schlug außerdem die Einrichtung eines zentralen Bureaus für das Arbeiterbildungswesen vor, das zunächst den Austausch von Informationen und Schriften über das Erziehungswesen in die Wege leiten und statistisches Material sammeln solle. Außerdem sollte es mit der Vorbereitung der internationalen Konferenzen betraut werden. Die belgische Arbeiterbildungszentrale wurde beauftragt, mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um über die Schaffung eines ständigen zentralen Bureaus für das internationale Arbeiterbildungswesen zu beraten.

Dieses Zentralbureau ist inzwischen als besondere Abteilung des Sekretariats des Internationalen Gewerkschaftsbundes ins Leben getreten und wird von dem zweiten Sekretär, Mr. J. B. Brown, geleitet.

Das Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Verhütung der Arbeitslosigkeit ist eine der Aufgaben, welche der Internationalen Arbeitsorganisation bereits in ihren Satzungen selbst gestellt ist.

Im Jahre 1921 wurde auf der dritten Konferenz dieses zwischenstaatlichen sozialpolitischen Verbandes dessen ausführendes Organ,

das Internationale Arbeitsamt, beauftragt, gemeinsam mit der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit anzustellen. Der Beschluß wurde in mehr präzipit Form auf der Konferenz von 1922 erneuert. Die Erhebung ist im Gange. Ihre ersten Ergebnisse sind niedergelegt in einer Schrift über „Mittel zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit“. Auf die Ursachen der verwickelten Erscheinungen der gegenwärtigen Weltkrise (Währungsverhältnisse, Reparationen, interalliierte Schulden, Beziehungen zu Russland) wird in der Schrift nicht Bezug genommen, sie beschränkt sich vielmehr nur mit jenen Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die man als die herkömmlichen bezeichnen kann, die in verschiedenen Staaten praktisch versucht wurden und in ihrer Anwendung im allgemeinen auf einzelne Staaten beschränkt sind. Es werden in drei Abschnitten behandelt: 1. Unterstützung bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit; 2. Zweckmäßige Arbeitsverteilung; 3. Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Die Zahlung von Unterstützung bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit wird als Pflicht erachtet. Sie würde jedoch zu bedenklicher Vergeudung führen, wenn nicht zugleich versucht wird, die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten bestmöglich zu nutzen, um die Zahl der Unterstützungsempfänger auf ein Mindestmaß einzuschränken. Dies ist der Zweck der öffentlichen Arbeitsnachweise sowie der Regelung der Arbeiterentlassungen und Einstellungen und der Kurzarbeit. Doch auch die Nutzung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten genügt nicht. Es ist überdies erforderlich, den Beschäftigungsgrad dadurch zu stabilisieren, daß in Zeiten des Niederganges Arbeitsgelegenheiten beschafft werden. Das wird durch die Organisation von Notstandsarbeiten erreicht, ferner durch planmäßige Verteilung der Aufträge von behördlicher Seite, um damit die mehr oder weniger großen Schwankungen der Produktionsströme auszugleichen, ebenso durch besondere Maßnahmen zur Anregung der Wirtschaft, wie Gewährung von Krediten, Zuschüssen usw. Die Ergebnisse des Studiums der einschlägigen Maßnahmen der verschiedenen Staaten hat das Internationale Arbeitsamt in der erwähnten Schrift niedergelegt. Das Amt hat sich auch mit den Ursachen der jahreszeitlichen Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigt, ebenso mit der Erscheinung zeitweiser Krisen, die gewöhnlich auf Ueberproduktion zurückgeführt werden. Was die gegenwärtige Krise anbelangt, so wird demnach dem Wirtschafts- und Finanzausschuß des Völkerbundes eine Denkschrift vorgelegt werden, welche die Einwirkung der Währungs-, Finanz- und Handelspolitik der Staaten auf den Umfang der Arbeitslosigkeit betrifft.

Baugewerkschaft, Fachgruppe Glaser. Der Lohn für Glaser beträgt vom 15. bis mit 28. Februar 1923 10 Fr. pro Stunde; für Beschäftigten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 10 Proz. weniger. Ausübung drei Stundenlöhne.

Die Löhne in der Chirurgiemechanik teilten wir in Nr. 82 mit, wobei ein Druckfehler unterlag. Arbeiter von 19-21 Jahren erhalten 235 M. festen Stundenzuschlag und nicht 255 M.

Der Deutsche Verkehrsband teilt mit, daß der Tarifvertrag für den Monat Februar 1923 für die Branche Export fertiggestellt ist. Die Lohnerhöhung beträgt durchschnittlich 80-90 Proz. Ferner, daß das Abkommen für die zweite Hälfte des Monats Februar 1923 für die Eisen- und Stahlträger (Gruppe Neubaus) angenommen worden ist. Tarifverträge sind im Nummer 81 des Gewerkschaftsbauwes, Engelauer 24/25, gegen Vorzeigung des Mitgliedsausweises erhältlich.

Der Deutsche Werkmeisterverband, Sitz Düsseldorf (Ifo-Bund), hat aus Verbandsmitteln für die Ruhrpfeiler-Sammlung zwei Millionen Mark gestiftet. Nebenher beteiligen sich die Mitglieder an den allgemeinen Sammlungen. Außerdem unterstützt der Verband selbstständig im hiesigen Gebiet etwa geschädigte Mitglieder nach den Bestimmungen seines Statuts.

Aufgaben der Betriebsräte.

Über die gewerkschaftlichen und anfallenden Aufgaben der Betriebsräte veranlaßt die freigeberische Betriebsratschule in der Schlußprüfung für Arbeiterbewegung (Charlottenburg, Jannushofstr. 11-12) einen Bericht über vier Abende schreibender Lehrgang, der durch Handlungsbuch die Ausübung und Vorbereitung eines Films über Inflationsergebnisse im Zusammenhang mit den 1. 9. 16. und 23. März 1923, abends 7 Uhr. Im Zusammenhang mit diesen Fragen ist ein Kursus über Inflationsergebnisse und Inflationsergebnisse (Unterstützung: Geyers-Druck, Weinmühlstr. 16-17) geplant. Beginn: Anfang März.

Für beide Lehrgänge sind Eintrittskarten zum Preis von je 100 M. in der Betriebsratschule (Engelauer 24-25, 2. Hof 1. Et.) erhältlich. Betriebsratschule, Schlußprüfung und Lehrgänge von 4-7 Uhr. Alle freigeberisch organisierten Arbeiter und Angestellten können die Kurse besuchen. Freigeberische Betriebsratschule.

Verband der Buchbinder. Morgen, Mittwoch, 9 1/2 Uhr, in der Schlußprüfung für Arbeiterbewegung, Charlottenburg, Jannushofstr. 11-12, Zusammenkunft der Betriebsräte und Betriebsangehörigen aller Branchen. Tages- und Gewerkschaft. 2. Inflationsergebnisse im graphischen Gewerbe mit Film und Handbüchern. 3. Beschäftigung der Auszubildenden. Jeder Betriebsrat und jede Betriebsangehörige ist verpflichtet, an dieser Veranstaltung unbedingt teilzunehmen. — **Aut. Rotenburger- und Neppinger-Verband.** Mittwoch 5 Uhr im Deutschen Hof, Ludowik-Str. 15, Vorstanderversammlung. Vortrag: Arbeitslohn, Arbeitszeit und Steuerung der Produktion. Referent Paul Schwenk. Stellungnahme zu den örtlichen Verhandlungen. — Die Vorstanderversammlung.

Deutscher Bauernverband, Bauerngewerkschaft Berlin. Versammlung aller bei der Arbeiterbewegung für Bauernführungen auf den Bauhallen Gensersfilm. Appenzel und Gausel, beschäftigt gewesenen Mitglieder unseres Bundes morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftsbau. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe erfolgt kein Zutritt. Der Vorstand. — **Fachgruppe der Kleinfertiger:** Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftsbauwes, Engelauer 25, Mitgliederversammlung. Bericht von der Konferenz in Kassel. — Die Gruppenleitung.

Bauarbeiter der Bezirke I, II, III, Nordosten und Südliche Bezirke: Donnerstag, 22. Februar, 4 1/2 Uhr, Versammlung aller Anhänger der Bildung im Saal 3 des Deutschen Hofes, Ludowik-Str. 17. — Der Verbandsausführer.

Veranstaltung für den Bekleid. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Angewandte: E. Glaser, Berlin. Vortrag: Bauwirtschafts-Bericht G. m. B. Berlin. Druck: Normalschrift-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Druck 1. Februar.

Husten mit Auswurf

müssen Sie schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen aus 50 Gramm echtem Fenchel-Extrakt durch Koffein mit 1/4 Bfl. Zucker und 1/2 Liter Wasser eine preiswerte, prompt wirkende Hustenkur selbst herzustellen. Jeder Fenchel-Extrakt ist hier erhältlich in allen Apotheken.

IVO RUHONY



BATSCHARI

handgemachte CIGARETTEN bringt in höchster Vollendung.

Das Berliner Schloß und seine Bewohner.

Für den braven Bürger von einst war das Berliner Stadtschloß stets ein ganz besonders interessanter Bau und man witterte allenthalben Geheimnisvolles hinter diesen altersgrauen Mauern, die man mit Pietät betrachtete. Ach, Geheimnisvolles gab es gewiß gar nicht an der Person seines Bewohners, und auch nicht in seiner Umgebung. Dünkel und Ueberhebung über jeden anderen haben mit Geheimnisvollem nichts zu tun. Das Schloß von heute freilich birgt noch manches, wenn auch nicht Geheimnisvolles, so doch Unaufgeklärtes, worüber noch zu sprechen sein wird. Uns interessiert natürlich nur, wie und ob man es verstanden hat, die vielen Räume und Säle der heutigen Zeit entsprechend praktisch und zugbringend einzurichten, während früher eine maßlose Verschwendung mit den Räumen für die viele Dienerschaft und die Hoffstrangen getrieben wurde.

Aus der Baugeschichte.

Kurfürst Friedrich II. begann mit dem ersten Teil in der Zeit von 1443 bis 1451. Dieser erste und älteste Teil hieß die kurfürstliche Burg, und der „hohe Herr“ ließ sie errichten zum Schutz gegen die eventuell auflässigen Bürger von Berlin und dem alten Kün an der Spree, deren Selbstständigkeit er beseitigt hatte und die er darum fürchtete. Dieser älteste Teil hieß der grüne Hut. Er liegt an der Wasserseite, gegenüber der Börse. Wilhelm ließ hier eine Terrasse am Wasser erbauen, an der das Rotarboot anlegte, das ihn in stolzer Admiralsuniform zur Andarogatta nach Grünau alljährlich fuhr. Neben dem „grünen Hut“ befand sich ursprünglich ein niedriger Anbau, die Rüstkammer. Später entstand dann die sogenannte Schloßkapelle, ebenfalls am Wasser, und erst unter König Friedrich I. erhielt das Schloß seine heutige Gestalt mit aller architektonischer Pracht, während Wilhelm die Brunnenräume mit kostbarer Eleganz umbauen und „modernisieren“ ließ. Das Schloß, lediglich als Bauwerk betrachtet, bietet sich jedenfalls als ein hervorragendes architektonisches Denkmal dar, teils deutsche, teils italienische Renaissance. Augenblicklich werden übrigens interessante Ausgrabungen in den Kellergründeln des „grünen Huts“ vorgenommen, der so genannt wird nach den patinagrünen Dächern, die ihn bedecken. Raurat Geyer ist damit beschäftigt, die Baugeschichte des Schloßes zu schreiben, und da man aus ältester Zeit keine Pläne und Grundrisse besitzt, läßt er Ausgrabungen machen, um festzustellen, wie die Grundmauern ursprünglich lagen.

Wie sieht es heute im Schloß aus?

Um es vorweg zu sagen: Wenn man auch „umgruppiert“ und das gewaltige Bieder des Schloßes allgemein nutzbar zu machen versucht hat, so ist doch noch recht wenig geschehen. Das Schloß hat die Kleinigkeit von 700 Räumen mit 980 Fenstern. Dazu kommen aber noch eine große Anzahl von Kammern und anderen Räumen, und man sieht wahrlich den Grund nicht ein, warum man nicht der notleidenden Allgemeinheit dient und Notwohnungen einrichtet. Das Schloß hat fünf Portale, von denen das Portal III, gegenüber dem Wilhelm-Denkmal, ein hervorragendes Kunstwerk ist, nachgebildet dem Triumphbogen des römischen Kaisers Septimius Severus und erbaut von Cosander von Götthe. Geöffnet ist heute nur dieses Portal, doch führt es nur zum Schloßmuseum und ein paar Bureaus, aber nicht auf den großen Schloßhof, von dem es durch höfliche, hölzerne Türme abgeperrt ist. Auf dem Hof selbst lagert neben dem Denkmal des Ritters Georg, der den Drachen tötet, ein großer Haufe Holz, der zur Verschönerung des Ganzen gewiß nicht beiträgt. Ein zweiter Zugang zum Schloß befindet sich am Schloßapothekenflügel an der Wasserseite. Das Schloß-Museum, wie das Kunstgewerbe-Museum, das ins Schloß übergesiedelt ist, heute heißt, nimmt einen großen Teil des Schloßes ein. Es füllt die ehemaligen Pracht- und Brunnenräume und erstreckt sich durch mehrere Etagen. Ueber seine Einrichtung und Anordnung ist seinerzeit im „Vorwärts“ das Notwendige gesagt worden, so daß es sich erübrigt, hier noch einmal darauf einzugehen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß im Winter nur die 29 beheizten Räume geheizt werden, und daß der Eintrittspreis 1000 M. beträgt für Vorkurskarte, für Deutsche und Oesterreicher 50 M. und für Schüler unter Führung der Lehrer 10 M. Dem

Leiter des Museums, Geheimrat Dr. v. Falke, ist außerdem die sogenannte Prinz-Heinrich-Wohnung im Apothekenflügel zu Wohnzwecken eingeräumt worden.

Behörden und Institute.

Im Schloß, und zwar in den Räumen, die zum Teil früher die Prinzen bewohnten, in denen ferner das Geolge, Hofdamen und Lakaien logierten, wo die Silberkammer und die Wäschekammern eingerichtet waren, sind folgende Behörden und Bureaus untergebracht: Das psychologische Institut, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die auch den Archivaal zur Verfügung hat, in dem sich das Archiv befand, das dann später nach Charlottenburg verlegt wurde, das Landesamt für Gewässerfische, die Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, die Anstalt für Kinderfürsorge, die Frauenerwerbshilfe, die Geschäftsstelle des Bundes deutscher Verwaltungsbeamten (im ehemaligen Post-Hofamt) und das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten. Von Behörden und Einrichtungen von früher besteht heute noch und nehmen nicht geringen Raum ein: das Oberhofmarschall-Amt (so wohl, das gibt es immer noch), die Schloßverwaltung, die Schloßbauverwaltung, die Bibliothek und die Gemäldesammlung. Es wurde im Anfang dieser Ausführungen von mancherlei nicht Geheimnisvollem, aber Unaufgeklärtem im heutigen Schloß gesprochen, dazu gehört vor allem folgendes: Wo sind die Silberkammer und die großen Wäschräume geblieben? Fragt man danach im sogenannten Oberhofmarschall-Amt, dann sucht man hier verlegen mit den Schultern. Ähnlich steht es mit der Gemäldesammlung. Einige Säle sind in die staatlichen Galerien gekommen, einiges nach dem Hohenzollern-Museum und einiges ist noch im Schloß in Räumen, die heute viel zu groß dafür sind. Aber es ist nicht alles! Hier sei eingefügt doch in den alten Schloßbureau und in den Zimmern der alten Schloßbehörden noch so manches, überaus wertvolles Stück ungenutzt hängt. Entweder soll man es auch in die staatlichen Museen bringen, oder verkaufen. Der Staat braucht Geld! Angekauft geblieben sind die Schlaf-, Antik-, Garderoben-, Trüf-, Wohn- und Arbeitsräume des früheren Kaisers. Sie nehmen in der ersten Etage, gegenüber dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal, bis hinüber zur Kurfürstentreppe einen außerordentlich großen Raum ein. Viel Möbel befinden sich nicht mehr in diesen Räumen. Man erinnert sich noch, daß der „hohe Herr“ in Daun schnell zugriffen hat und die Möbel auf vielen Rollwagen nach Holland kommen ließ. Hierüber ist ja auch seinerzeit in den Parlamenten von unseren Abgeordneten manch kräftiges Wort gesprochen worden, aber es war zu spät. Verschliffen und unbenutzt ist ferner die Schloßkapelle, die 700 Plätze aufweist.

Küche und Keller.

Zum Schloß gehört natürlich auch eine große Küchenanlage. In dieser Küche konnte für 3000 bis 4000 Personen gekocht werden, und am Ordeusfest — wenn alle diejenigen, die einen „Biermag“ erhalten hatten, eingeladen waren — gab es so viel Gänge im Schloß. Dann wurde drei Tage lang gekocht, und das gekochte Essen in große Wärmehäute gefüllt. Dieses „Aufgewärmte“ bekamen gewiß später die glücklichen Inhaber der Kronen- und Rotten Adlerorden vierter Güte, während die hohen und höchsten Orden frischgekochtes Essen erhielten. Dem Bediente seine Kronen nicht nur, sondern auch das ihm gebührende Essen. O, bitte sehr! Die großen Küchenräume stehen heute auch noch ungenutzt. Ein heißes großes Hotel wollte sie mieten, aber gleichzeitig dazu Räume haben, um im Schloß ein Restaurant einzurichten. Dieses wurde abgelehnt, hätte aber jedenfalls sehr viel Geld dem Staat gebracht. Einen Teil der Keller hat eine liegende Wingenroßfirma gepachtet und lagert dort ihre besten Marken.

So sieht das Schloß von heute aus. Sicher könnte es in bedeutend größerem Umfang ausgenutzt werden. Hoffentlich entschließt man sich recht bald dazu und stellt kurz entschlossen alle „Pietät“ und verlogene Sentimentalität in den Winkel, mit samt einigen alten Perrücken und Geheimräten.

Wo bleibt das billigere Fleisch?

Mit auffallender Geschwindigkeit sind die Fleischpreise dem Anstieg des Dollars gefolgt. Mit Recht entrüstete sich das Publikum über diesen Vorgang, das wohl darüber unterrichtet war, daß die deutschen Schweine keine Dollarnoten zu fressen bekommen. Eine gewisse Begründung erfährt die Fleischsteigerung allerdings dadurch, daß die Fleischpreise auch abhängig sind von den Futtermitteln, die bekanntlich mit automatischer Valuta sich verteuern. Setzt aber kann man beobachten, wie zwar die Viehpreise zurückgegangen sind, während die Fleischpreise nur wenig Miene machen, ihnen zu folgen. Im Gegenteil sind die Preise für Rindfleisch noch um zirka 200 M. pro Pfund gestiegen. So sind die Preise für Ochsen am Berliner Schlachthof vom 14. bis 17. Februar um mehr als 10 Proz., die von Schweinen sogar um 25 Proz. zurückgegangen, während an den beiden darauffolgenden Tagen, am 15. und 19., die Preise für Fleisch im Kleinverkauf längst nicht entsprechend ermäßigt haben. Eine Gegenüberstellung der in den Berliner Markthallen geforderten und gezahlten Preise beweist das ebenso wie die tägliche Sorge der Hausfrau, die endlich einmal nach der Senkung des Dollarkurses das oft und lang entbehrt Fleisch angewandt worden, daß die meisten Verbraucher das Fleisch als ein Luxusgericht anzusehen gewohnt sind. Nachdem aber einmal die Viehpreise rückgängig sind und nachdem vor allem am letzten Sonnabend derart viel Vieh angeboten wurde, daß sich kaum Abnehmer fanden, besteht kein Grund mehr zur Aufrechterhaltung der hohen Fleischpreise in den Läden. Die Fleischer sind höchst darauf hingewiesen. An ihnen liegt es, nun auch bei sinkenden Preisen die Konsequenz aus der Marktlage zu ziehen. Unvernünftig brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn das Publikum sich genötigt sieht, den Schutz gegen den Wucher in Anspruch zu nehmen.

Preisrückgang der Milch!

In der laufenden Woche beruht der Milchpreis von 720 M. nach auf den Butternotierungen der vorigen Woche mit 5800 und 5400 M. Da die Milch am Montag von der Butternotierungskommission mit 4500 M. festgesetzt wurde und für die Wiltwochnotierung mit einem höheren Preise nicht zu rechnen ist, so würde das für den Erzeugerpreis, der zurzeit sich auf 546 M. beläuft, eine wesentliche Verbilligung bedeuten. Die für die Bearbeitung in Berlin festgesetzten Spannen stehen für Februar so gut wie fest, so daß sie für die nächsten beiden Wochen kaum anders lauten werden als zurzeit. Es kann also für die nächste Woche mit einer Milchverbilligung von mindestens 80 M. so gut wie sicher schon gerechnet werden.

Anders liegen die Dinge beim sogenannten Markenbrot. Dort wirken sich zunächst die noch weiter steigenden Kohlenpreise, Böhne usw. aus, während der Preis des Markenmehls nicht den Schwankungen unterliegt wie das im freien Handel zu beziehende Mehl. Wir werden also mit der merkwürdigen Tatsache zu rechnen haben, daß die sogenannte „freie Backware“ (markenfreies Brot, Schrippen usw.) beim Anhalten des Dollarrückganges im Preise zurückgeht, während Markenbrot und Kommunalschrippen vorläufig im Preise noch weiter ansteigen werden. Das Markenbrot wird in der nächsten Woche 830 M., die Kommunalschrippe 28 M. kosten. Der Preis wird wahrscheinlich für zwei Wochen Geltung haben.

Schwere Zuchthausstrafe für einen Metallhändler.

Umfangreiche Diebstähle bei der Firma Ludwig Boewe lagen einer Anklage zugrunde, welche die I. Strafkammer des Landgerichts I beschlößte. Wegen einfacher und gewerbmäßiger Hehlerrei war der Inhaber einer Metallankaufsstelle Josef Gorn angeklagt, der in der Beufelstraße eine Metallankaufsstelle betreibt. Er wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Händler Gorn erhielt 9 Monate Gefängnis. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß sich in der nur 90 Häuser zählenden Beufelstraße in Woabit nicht weniger als 10 Metallankaufsstellen befinden, die durch ihre marktschreierische Reklame eine direkte Verführung für die dort wohnhaften Metallarbeiter darstellen. Ein Arbeiter, ein Kontorist und ein Droschkentreiber muhten, nachdem sie den Verlockungen der

(Nachdruck verboten. Der Vorkurs-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

41] Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Campers.

3.

Chrisfield schaute hinauf auf die Blätter in den Kronen der Wallnußbäume, die metallisch gegen den hellen, farblosen Himmel abstachen und mit Zacken von Gold umrandert waren, wo das Sonnenlicht durch sie hindurchfiel. Er stand steif und bewegungslos, abschon in seinem linken Knöchel ein bestiger Schmerz war, so stark, daß es schien, als ob der geschwollene Knöchel den Stiefel sprengen wolle. Er konnte fühlen, daß Soldaten zu beiden Seiten von ihm standen. Es schien, als ob die aufmarschierte Linie strammstehender Soldaten in grauen Uniformen endlos auf irgend jemand warte, sie aus ihrer Erstarrung zu befreien, und sich ununterbrochen um die ganze Welt erstreckte. Er blähte hinunter auf das zertrampelte Gras des Feldes, wo das Regiment aufmarschiert war. Irgendwo hinter ihm konnte er das Klirren von Sporen an den Hacken irgendeines Offiziers hören. Dann ertönte plötzlich das Geräusch eines Rotors auf der Straße, und Schritte, die die aufmarschierte Reihe von Soldaten hinunterkamen. Eine Gruppe von Offizieren ging eilig vorbei mit heftigen Schritten, als ob sie ihr ganzes Leben lang nichts getan hätten, als an Kolonnen aufmarschierter Soldaten vorbeizuschreiten. Chrisfield sah auf ihren Khatischultern Adler, dann einen einzelnen Stern und einen doppelten Stern. Der General ging zu schnell vorbei, als daß Chrisfield sein Gesicht hätte erkennen können. Chrisfield fluchte, weil sein Knöchel so weh tat. Seine Augen glitten wieder hinauf an den Bäumen entlang bis zu der Stelle, wo die golden umrandeten Blätter der Baumkronen in den hellen Himmel hineinreichten. So, also dafür hatte er diese Woche in den Gräben gelegen, dafür hatte er die Kugeln in das Unbekannte, gegen die grauen Flecken, die sich im grauen Schlamm herumbewegten, abgeschlossen. Irgend etwas froch ihm mitten über den Rücken hinauf. Er war nicht sicher, ob es eine Laus war, oder ob er sich das nur einbilde. Ein Befehl war ausgerufen worden. Automatisch hatte er seine Stellung geändert. Irgendwo weit weg marschierte ein kleiner Mann auf die lange graue Linie zu. Ein Wind hatte sich erhoben und raschelte in den steifen Blättern des Hains. Der Wind in den Bäumen tönte weit und rhytmisch wie das strömende Wasser, das an dem Transportschiff, auf dem er herübergekommen war, vorbeischaumte. Die goldigen Blätter und die olivfarbenen Schatten tanzten herum, als ob sie irgend etwas wegjagen

wollten, hinauf in den hellen Himmel. Ein Gedanke stieg in Chrisfield auf. Wenn die Blätter in breiteren und immer breiteren Kurven schwingen könnten, bis sie den Boden erreichen würden, und segeln und segeln könnten, bis dieser ganze Krieg weggefegt sein würde, all diese Schmerzen und Läuse und Uniformen und Offiziere mit Ahornblättern oder Adlern oder Einzelestern oder Dopplestern oder dreifachen Sternen auf ihren Schultern. Plötzlich erschien er sich selbst in seiner alten, bequemen Kleidung, mit offenem Hemd, der Wind liebte seine feinen Nacken wie ein Mädchen. Wie schön war es, auf einem Heuhaufen unter der heißen Sonne von Indiana zu liegen. „Komisch, an all das zu denken“, sagte er zu sich selbst. Bevor er Andy kannte, würde er nie daran gedacht haben. Was war jetzt über ihn gekommen?

Das Regiment marschierte in Kolonnen zu viert ab. Chrisfields Knöchel schmerzte scharf und heiß bei jedem Schritt. Seine Uniform war zu eng, und der Schweiß lief ihm den Rücken hinunter; um ihn herum waren schweigende Gesichter. Die wolkigen Uniformen mit ihren hochgeschlossenen Kragen waren wie Zwangsjacken an diesem Nachmittage. Chrisfield marschierte mit geballten Fäusten. Er wollte mit irgend jemand kämpfen. Sein Bajonett in irgend jemandes Körper rennen, wie er es mit der Puppe während des Bajonettdrills gemacht hatte. Er wollte sich ganz nackt ausziehen, er wollte die Handgelenke eines Mädchens so lange pressen, bis es schrie.

Seine Kompanie marschierte an einer anderen Kompanie vorbei, die aufmarschiert war vor einer zerstoßenen Scheune, deren Dach in der Mitte eingestürzt war wie der Rücken einer alten Kuh. Der Sergeant stand vor der Kompanie mit gekreuzten Armen und sah sich die Vorbeimarschierenden kritisch an. Er hatte ein weißes, schweres Gesicht und schwarze Augenbrauen, die über der Nase zusammenliefen. Chrisfield starrte ihn an, als sie vorbeimarschierten, aber Sergeant Anderson schien ihn nicht zu erkennen. Das ärgerte ihn so, als ob ihn ein Freund geschnitten habe. Die Kompanie löste sich plötzlich in eine Gruppe von Männern auf, die ihre Uniformen und Hemden ausknöpften vor einer kleinen Untertunftshütte, die vor Jahren, während der Marneeschlacht, von den Franzosen gebaut worden war. So hatte es einer Andy erzählt.

„Was träumst du von Indiana?“ sagte Judkins und kniffte Chrisfields jovial in die Rippen. Chrisfields hallte die Fäuste und holte zu einem Schlag in Judkins Gesicht aus, den dieser gerade zur rechten Zeit noch abwehrte. Judkins Gesicht war flammend rot. „Was ist denn mit dem los?“ sprudelte Judkins atemlos heraus. Kameraden waren zwischen sie getreten.

„Lach mit an ihn 'ran!“ „Halt doch das Maul!“ sagte Andrews und zog Chrisfields weg.

Die Kompanie zerstreute sich langsam. Einige legten sich in das lange, unbeschnittene Gras in den Schatten des Hauses.

Andrews und Chrisfields gingen schweigend die Straße hinunter. Chrisfield hinkte. Zu beiden Seiten der Straße waren Felder mit reifem Weizen, der golden in der Sonne stand. Weit weg waren niedrige grüne Hügel, die mit dem reifen Getreide zusammen in blau und blägelb verblühten. Hier und da durchbrach ein Haufen Bäume oder eine Reihe Pappeln die glatte Oberfläche der langen Hügel. In den Hecken tanzten blaue Kornblumen, die im Winde wippten. An der Wegbiegung verlor sich das Geräusch der Division und man hörte nur noch die Bienen über den Blumen schwirren.

„Du bist ein wilder Mann, Chris. Was zum Teufel war in dich gefahren, als du Judkins ins Gesicht schlagen wolltest? Der hätte dich doch nur verprügelt; er ist zweimal so stark wie du.“

Chrisfield ging schweigend weiter. „Bei Gott, ich denke, du solltest genug davon haben. Ich denke, du hättest endlich einmal genug davon, immer wieder Streit anzufangen. Du kannst doch selbst keine Schmerzen vertragen, nicht?“

Andrews sprach in kurzen Sätzen, bitter, die Augen gefenkt. „Habe mir gestern den Knöchel verstaucht, als ich vom Transportwagen herunterfiel.“

„Dann melde dich krank. Sieh, Chris, ich kann diese Geschichte nicht mehr mitmachen, bin krank davon. Man sollte sich lieber erschießen, als noch einen Tag länger dabei bleiben.“

„Lach das, Andy. Komm, wir wollen schwimmen gehen. Da unten am Weg ist ein Teich.“

„Ich habe Seife in der Tasche. Wir können uns den Schmutz etwas abwaschen.“

„Geh nicht so schnell, Andy. . . Du hast mehr gelernt als ich. Solltest mir sagen können, warum ein Kerl so verrückt werden kann. . . Denke immer, hab 'nen Teufel in mir.“

Andrews rieb die sanfte Seife eines Mohnblasses gegen sein Gesicht. „Wie das wohl wirken wird, wenn ich etwas davon esse?“ meinte er.

„Warum?“ „Man soll einschlafen, wenn man sich in ein Mohnfeld legt. Würdest du das nicht gern wollen, Chris, und nicht wieder aufwachen, bis der Krieg vorbei ist und man wieder Mensch sein kann?“

(Fortsetzung folgt.)

Detailhändler erlegen, ihre Schwäche mit Gefängnisstrafen büßen. Wann werden die Behörden gegen derartige skandalöse Auswüchse des freien Handels, die in der Tat den Armen schuldig werden lassen, einschreiten?

Frei Kortners Hofenrolle.

Eine Szene aus dem Filmatelier hatte gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Nachspiel in Gestalt einer Privatbeschuldigung, die der Filmregisseur Ernst Krensch gegen den Schauspieler Frei Kortner angestrengt hatte. Bei der Aufnahme eines augenblicklich in mehreren Berliner Kinos laufenden Films spielte sich im Juli v. J. in dem Atelier der Reg.-Filmgesellschaft eine Szene ab, welche, obwohl reichlich komisch, doch den davon Betroffenen, den jetzigen Beschigten Kortner, in einen Zustand heftiger Wut gebracht hatte. Wollen in einer Szene hatte der Darsteller das Recht, daß seine Hofen mit einem hörbaren Knall nachgaben und sich in der Mitte in zwei Hälften trennten, was zwar sehr komisch aussah, aber nicht zu einer tragischen Rolle paßte. Zwischen dem Kläger Krensch als Aufnahmeführer und Kortner kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Krensch behauptete, die Hofen seien monarchistisch und durch den Staat beschützt. Sie seien monarchistisch und durch den Staat beschützt. Sie seien monarchistisch und durch den Staat beschützt. Sie seien monarchistisch und durch den Staat beschützt. Sie seien monarchistisch und durch den Staat beschützt.

Der sadistische Oberlehrer.

Eigenartige Verirrungen des menschlichen Triebbens kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die die 2. Strafkammer des Landgerichts I befaßte. Angeklagt wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen als Lehrer an seinen Kindern, war der Studienrat Hermann Franz. Der Angeklagte war als Oberlehrer an dem Dorobeen-sadistischen Realgymnasium tätig gewesen und hatte hier in der Sexte und Quinta Unterricht zu erteilen. Schon seit längerer Zeit tauchten Klagen der Schüler über unangenehme und strenge Zuchtmaßnahmen recht eigener Art auf. Die meisten Schüler schämten sich jedoch, ihren Eltern nähere Einzelheiten über die Art der erlittenen Zuchtmaßnahmen mitzuteilen. Erst als diese eigenartigen Dinge überhandnahmen, erhielten die Eltern hiervon Kenntnis. Es stellte sich im Hause der Ermittlungen heraus, daß die Kinder in das Ratun-Kammerzimmer bestellte und sie dort in einer Weise züchtete, welche der Oberarzt Dr. Kromer aus Dallwitz als die typischen Handlungen eines Sadisten bezeichnete. Der von Rechtsanwalt Dr. Grohmann geführte Sachverhalt, der den Angeklagten längere Zeit auf seinen Geisteszustand beobachtet hatte, erklärte sich vor Gericht, daß der Angeklagte ein schwerer Psychopath sei, auf den der § 51 in Anwendung kommen müsse. Das Gericht mußte unter diesen Umständen zu einer Freisprechung kommen.

Feuer in der Asphaltfabrik Rudow.

Ein großes Feuer kam gestern vormittag aus noch nicht ermittelter Ursache in der Asphaltfabrik Rudow am Teltowkanal, Inhaber Dr. Ing. W. Schlömann (Kanalstraße), zum Ausbruch. Angeblich soll der Brand in der Teerfackel, wo es schon mehrere Male gebrannt hat, dadurch ausgekommen sein, daß aus einem Bunker ein Ventil herausgeschossen ist und der Bunker mit Teerstoff Feuer fing. Als die Löschzüge an der Brandstelle eintrafen, bildete die Teerfackel ein einziges Flammenmeer. Eine gewaltige Rauchwolke, die jede Ueberflucht erschwerte, lagerte über der Fabrik. Die Löschzüge aus Neutal und Niederlehndeweide-Tropfen eröffneten den Angriff mit 12 Rohren, darunter sechs stärksten Kolibers. Es gelang eine weitere Ausdehnung der Flammen zu verhindern. Ein Bunker ist vollständig ausgebrannt und zusammengebrochen. Die übrigen Bunker blieben erhalten und können weiter benutzt werden. Der Betrieb der Fabrik wird aufrecht erhalten.

Rückstöße Wasserabsperrungen treffen immer die Mieter, während mindestens die nicht in ihren Häusern wohnenden Wirte keinen Schaden davon haben. Das sollte eigentlich auch die Direktion der Wasserwerke wissen und sie sollte bei Wasserabsperrungen dafür sorgen, daß die Mieter der davon betroffenen Häuser nicht unvorbereitet bleiben. Aus dem Verwaltungsbezirk Kreuzberg wird uns gemeldet, daß im Hause Roskizstraße 46 unter den Mietern große Erregung herrscht, weil ihnen das Wasser schon seit mehreren Tagen abgeschnitten ist. Nicht alle Mieter erhielten von der bevorstehenden Absperrung so zeitig Kenntnis, daß sie sich nach einem Wasservorrat für die nächste Zeit versehen konnten. Richtig ist, daß der Druck auf den Hauswirt um so härter wird, je mehr die Mieter unter der Wasserperre leiden. Aber das wird doch wohl nicht die Absicht der Wasserwerksdirektion sein. Warum aber läßt sie es dann nicht für ihre Pflicht, ihrerkrisis alle Mieter rechtzeitig von der drohenden Wasserperre in Kenntnis zu setzen? Die Zustände, die sich in einem der Wasserzufuhr beraubten Hause sehr bald entwickeln, sind in höchstem Grade gesundheitsgefährlich. Wir wundern uns immer wieder darüber, daß nicht längst zum Schutze der Volksgesundheit die Wasserabsperrungen verboten worden sind.

Der Gastod dreier Kinder. Ein tief tragischer Unglücksfall, der den Tod dreier Kinder zur Folge gehabt hat, hatte gestern ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung war die Stütze Martha Hoff. In der Wohnung einer in der Potsdamer Straße wohnhaften Familie Behmpfuhl, bei welcher die Angeklagte als Stütze tätig war, ging eines Abends das Gas aus. Die Angeklagte öffnete an dem Wasser irgendwelche Schrauben und füllte in die Öffnung Wasser. Sie wurde dann abgerufen und vergaß den Kessel zu schließen. Die Folge war fürchterlich. Durch das Wasserauffüllen strömte wieder Gas durch die Ventile und gelangte so in das Schlafzimmer der Kinder. Am nächsten Morgen wurden die zwei Kinder der Leichen Entschleudung und ein drittes zum Besuch weisendes Kind als Leichen aufgefunden. Vor Gericht schickte die eigene Mutter der auf so tragische Weise ums Leben gekommenen Kinder den Vorfall lediglich als einen Unglücksfall, für den auch die Angeklagte nicht verantwortlich zu machen sei, die heute noch bei ihr in Stellung sei. Das Gericht konnte sich auch nicht davon überzeugen, daß auf Seiten der Angeklagten eine Fahrlässigkeit vorliege und kam deshalb zu einer Freisprechung. Der tragische Vorfall erinnert zu der größten Vorsicht.

Offener, die in Verlin wohnen, werden getreten, ist am 20. Februar, 8 Uhr, zur Vernehmung einer Kommission für ihre schwer bedingte engere Offener Deimat zu veranlassen. Wegen der günstigen zentralen Verkehrs-lage ist das Landwehrkino beim Bahnhof Zoo gewählt.

Arbeiter-Sport

Jiu-Jitsu.

Das Jiu-Jitsu wird vielfach als ein roher Sport betrachtet, der unter Umständen der Allgemeinheit gefährlich werden kann. Wer den Vorführungen der Arbeiter-Sportler im Sportpalast beigewohnt hat, wird sich jedoch der Tatsache nicht verschließen können, daß es sich im wahren Sinne um eine Kunst handelt, die an Stelle der stehenden rohen Gewalt die Gewandtheit und Geschicklichkeit setzt. Dies ist auch der eigentliche Sinn des Jiu-Jitsu, wie aus der Uebersetzung des Wortes hervorgeht. Das Jiu-Jitsu (sprich: Dschiu-Dschitsu) ist Anfang dieses Jahrhunderts durch Japaner, die es schon seit einigen Jahrhunderten üben, in England und Amerika eingeführt worden. Das Wort „Jiu“ ist aus dem Chinesischen und heißt: mild, zahm, weich. Jitsu bedeutet Kunst; es soll also eine milde, weiche Kunst sein, die nicht durch überlegene Kraft, sondern durch schnelle Anwendung schmerzhafter Griffe selbst starke Uchtern zum sofortigen Nachgeben zwingt. Eine Gefahr ist bei der sportmäßigen Ausübung nicht zu befürchten, da alle Griffe sofort gelöst werden können, sobald der Gegner durch ein Zeichen den Kampf aufgibt. Die zum Jiu-Jitsu erforderliche Geschwindigkeit, Schnelligkeit der Bewegungen und Geistesgegenwart setzt ein jahrelanges Ueben voraus, das in seiner Vielseitigkeit den Hauptvorteil dieses Sports ausmacht.

Als Kleidung beim Training wird eine knopfloze Jacke, die nur durch einen Gürtel zusammengehalten wird, und eine Kniehose benutzt. Schuhe werden nicht getragen, um die Fußtritte möglichst schmerzlos zu machen. Eine große Matte schützt wie beim Ringkampf vor Verletzungen. Der Übungsstoff besteht vor allem aus vielseitigen Freiübungen mit Kumpfbeugen nach allen Seiten, Knienbeugen, Beinflexionen, Hüften, Bein- und Hochspringen, ferner Widerstandsübungen der Arme und Beine mit einem Gegner, das Unempfindlichmachen des Körpers gegen Schläge und Stöße. Besonders geübt wird das gefahrlose Fallen des Körpers. Wie oft passiert es im täglichen Leben, daß jemand über einen Obstreif oder dergleichen zu Fall kommt und sich schwere Verletzungen zuzieht. Dies ist bei plamwähigem Training ausgeschlossen. Bei plötzlichem Fall zieht der geübte Sportsmann schon unwillkürlich alle Muskeln zusammen, neigt den Kopf nach vorn auf die Brust und krümmt sich zusammen. Er befolgt damit instinktiv die Taktik der Raue, die aus gleicher Höhe fallen kann, ohne sich Schaden zu tun. Das im Sportpalast vorgeführte Purzelbaumstückchen hat die Erfolge des Trainings vorzüglich dargestellt, als die Sportler sich nach hinten, vorn und den Seiten auf den Boden warfen, um im nächsten Augenblick gleich einer Raue wieder aufzuspringen. Das Jiu-Jitsu-Training ist Brauchkunst und trägt durch seine Vielseitigkeit wesentlich zur Schöpfung eines gesunden und geschmeidigen Körpers bei.

Die Sportliche Vereinigung „Kocher 06“ (Mitgl. d. V. u. D. O.) Charlottenburg, 7-8 (Kornstraße), beginnt am 17. Februar, 7 Uhr, einen Unter-richtskursus im Ringen und Jiu-Jitsu für Jugendliche bis 18 Jahre. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen an den Übungsabend:

Um die Bundesmeisterschaft.

Die Turner scheinen sich nun auch etwas zu modernisieren. Die Wettkampfsportarten haben dem Sport große Massen der Jugendlichen zugeführt, aber die Turnspiele blieben leer. Nun endlich raffen sich die Turner auf, um bei dem Weltlauf um die Jugend nicht gar zu sehr ins Hintertreffen zu kommen. Einer Popularisierung der Turnwettkämpfe macht die Werbung freilich noch einige Schwierigkeiten. Beim Geräterwettkampf wird der Sieger nun besonders ausgebildeten Kampfsportler festgesetzt, die die Übungen nach Punkten werten, wobei es nicht nur auf die Ausführung der Übung, sondern auch auf die Körperhaltung usw. ankommt. Beim Sport dagegen kann jeder Laie den Sieger feststellen, weil Körperhaltung, Taktik und Technik gar nicht in Betracht kommen. So erklären sich auch die Massendeluge bei sportlichen Wettkämpfen. Man kann den Sieg sehen, und das ist interessanter, als wenn er nachträglich angefragt wird. Daraus sollten die Turner lernen und nach jeder getrimmten Übung die Punktzahl sofort laut anfragen. Damit kommen sie der sportlichen Werbung schon bedeutend näher. Im übrigen wurden die Übungen der Männer und Jugendlichen als zu schwer bezeichnet.

Am Sonntag fanden in den 5 Turnbezirken des 1. Kreises vom Arbeiter-Turn- und Sportbund die Vorkämpfe um die Bundesmeisterschaft statt, die trotz des inzwischen eingetretenen Eiswetters eine gute Teilnahme der Mitläufer wie auch der Zuschauer aufzuweisen hatten. Als Bezirksmeister im Geräterwettkampf und demnach als Anwärter auf die Kreismeisterschaft errangen den Sieg:

- 1. Bezirk (Mitte): Männer: 1. Schulz, 2. Hübner, 127 1/2 P.; 2. Wagners, 4. Hübner, 2. Wagners, 2. Hübner, 126 P.; 3. Wagners, 4. Hübner, 125 P.; 4. Hübner, 2. Wagners, 124 P.; 5. Wagners, 4. Hübner, 123 P.; 6. Hübner, 2. Wagners, 122 P.; 7. Wagners, 4. Hübner, 121 P.; 8. Hübner, 2. Wagners, 120 P.; 9. Wagners, 4. Hübner, 119 P.; 10. Hübner, 2. Wagners, 118 P.
- 2. Bezirk (Ost): Männer: 1. Schulz, 2. Hübner, 127 1/2 P.; 2. Wagners, 4. Hübner, 126 P.; 3. Wagners, 4. Hübner, 125 P.; 4. Hübner, 2. Wagners, 124 P.; 5. Wagners, 4. Hübner, 123 P.; 6. Hübner, 2. Wagners, 122 P.; 7. Wagners, 4. Hübner, 121 P.; 8. Hübner, 2. Wagners, 120 P.; 9. Wagners, 4. Hübner, 119 P.; 10. Hübner, 2. Wagners, 118 P.
- 3. Bezirk (West): Männer: 1. Schulz, 2. Hübner, 127 1/2 P.; 2. Wagners, 4. Hübner, 126 P.; 3. Wagners, 4. Hübner, 125 P.; 4. Hübner, 2. Wagners, 124 P.; 5. Wagners, 4. Hübner, 123 P.; 6. Hübner, 2. Wagners, 122 P.; 7. Wagners, 4. Hübner, 121 P.; 8. Hübner, 2. Wagners, 120 P.; 9. Wagners, 4. Hübner, 119 P.; 10. Hübner, 2. Wagners, 118 P.
- 4. Bezirk (Süd): Männer: 1. Schulz, 2. Hübner, 127 1/2 P.; 2. Wagners, 4. Hübner, 126 P.; 3. Wagners, 4. Hübner, 125 P.; 4. Hübner, 2. Wagners, 124 P.; 5. Wagners, 4. Hübner, 123 P.; 6. Hübner, 2. Wagners, 122 P.; 7. Wagners, 4. Hübner, 121 P.; 8. Hübner, 2. Wagners, 120 P.; 9. Wagners, 4. Hübner, 119 P.; 10. Hübner, 2. Wagners, 118 P.
- 5. Bezirk (Nord): Männer: 1. Schulz, 2. Hübner, 127 1/2 P.; 2. Wagners, 4. Hübner, 126 P.; 3. Wagners, 4. Hübner, 125 P.; 4. Hübner, 2. Wagners, 124 P.; 5. Wagners, 4. Hübner, 123 P.; 6. Hübner, 2. Wagners, 122 P.; 7. Wagners, 4. Hübner, 121 P.; 8. Hübner, 2. Wagners, 120 P.; 9. Wagners, 4. Hübner, 119 P.; 10. Hübner, 2. Wagners, 118 P.

Arbeiter-Radfahrer und Radrennen.

Man schreibt uns: Die Beteiligung über Veranstaltung von Radrennen war bisher bei den Arbeiter-Radfahrern im Gau IX verboten, und zwar aus Gründen der Gesundheit des einzelnen einerseits, sowie um Auswüchse, die bei Radrennen fast unermesslich sind, aus dem Wege zu gehen, andererseits. Zu dem ersten Grund wäre zu bemerken, daß wohl ein Wettkampf auf radsportlichem Gebiete, ebenso wie bei anderen Sportarten zugelassen werden dürfte. Die

Gegner des Radrennens sind aber der Meinung, daß eine Grenze des Möglichen kaum festgestellt werden kann. Ein körperlich kräftiger Radler wird 50-100 Kilometer-Rennen fahren, ohne Schaden zu nehmen, durch Freistellung der Beteiligung an jedem Mann werden die meist jugendlichen Fahrer oft schon bei 10-20 Kilometer über ihre Kräfte den Körper ausnützen, da sie den ihnen dadurch erwachsenden Schaden nicht rechtzeitig bemerken werden. Andererseits ist es, zumal bei den heutigen hohen Preisen der Fahrradartikeln, kaum noch möglich, daß Jugendliche sich an Radrennen beteiligen können. Das bisher benutzte Tourenrad ist für den Rennbetrieb nicht brauchbar und der Fahrer wird bald seinen Ehrgeiz daran setzen, eine mit allen Neuerungen versehene Rennmaschine zu besitzen. Wie es in den schon bisher Radrennen veranstaltenden Vereinen üblich ist, werden Verträge mit Fabrikanten oder Händlern abgeschlossen. Die Fahrer erhalten dann ganze Räder, Gummi oder Teile der Maschinen. Als Gegenleistung stellen sie ihren Körper zur Verfügung. Solche den Sportbetrieb schädigenden Erscheinungen könnten viele aufgesührt werden. Man sehe sich nur einmal ein Straßenrennen auf der Chaussee an, wenn die Fahrer rücksichtslos, unbekümmert um andere Renner im Eisenbahntempo dahin kurbeln. Oder auf der Bahn das Gebaren der Fahrer und des Publikums. Sollten die Arbeiter-Radfahrer sich dennoch auf die Ausübung der Radrennen legen wollen, so müssen Maßnahmen ergriffen werden, die solche Auswüchse unbedingt verhindern. Zum Beispiel Festlegung einer bestimmten Grenze von Kilometern, die zu den Rennen veranstaltet werden dürfen. Verbot des Ausfahrens von Radeln sowie jeder Beteiligung von Fabrikanten oder Händlern zur Gewährung von irgendwelchem Vorteil. Wir Arbeiter-Radfahrer sind aber in der Mehrzahl für die vernünftigmäßige Ausübung des Radportes. H. Wittwer.

Fußballreize vom Sonntag.

Manmann-Gesundbrunnen 2:1, Teutonia-Bermeria 4:2, Wacker-Touren 2:1, Charlottenberg-Bermeria 3:0, Adler 12-Jahrgang 3:1, Reichel-Bermeria 4:4, Bitterberge-Bermeria 2:2, Kommerz-Bermeria-Ladenmalbe 4:1, BSC-Ladenmalbe III 3:0, Brandenburg 2-Lichtenberg 1:0, Schlöb-Bermeria 1:0.

Hoche.

Blitzberg II 1-Charlottenberg 1:0, BSC 1-Roland 1:1, Lichtenberg I 1-TuS III 1:0, Adler X-Schlöb 2:0, Charlottenberg 2-Rochel 3:0, BSC 2-Rochel 2:1, Lichtenberg 1-OR 2, 2. gew. Schlöb III 2-Schlöb 2:1, Lichtenberg II 2-Roland 2:1.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet. Die Reiseveranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.

Reiseveranstaltung am 17. Februar. Der Vorsitzende des VVK gab einen ausführlichen Bericht über die letzten Arbeit. In der Sitzung wurde von verschiedenen Seiten die letzte Arbeit des VVK als ungenügend bezeichnet, auch die Verhinderung eines bestimmten Beschlusses nicht aufzufassen. Die Gründe waren, daß die Reiseveranstaltungen eines Komitees von der Stadt Berlin zu bilden, in dem Turner, Schwimmer, Fußballer und Tischtennis vereinigt werden. Einen dritten Baum nahm die Verhinderung des Hauptausfluges ein, die Mitglieder als Hauptausflüge bezeichnet. Nach dem Bericht wurde beschlossen, wir sollten im Gegenteil ein Mittel in den Hauptausflügen, Schmeißer, BSC, dies in einbruchs-wollen Ausflügen nach, daß von 2 Millionen Schmeißer für 200 000 M. an Arbeitervereine gespendet seien, alles andere sollte die Mitglieder erhalten, weil die Arbeitervereine gar keine oder falsch bezeichnete Geschenke einbrachten. Deshalb sollten wir im Hauptausflug verzichten (ein, um die Vereine informieren zu können. Lediglich für die in den Jugendbüros auch mit den Mitgliedern zusammen, dann sollte man konzentriert sein und auch dort austreten. Lediglich wurde ein Antrag gestellt, daß alle angeforderten Vereins aus dem Hauptausflug austreten sollen. Die Veranstaltung wurde schließlich wegen vorgerückter Zeit vertagt. In der nächsten Sitzung wird über die Reiseveranstaltung am 17. Februar, die die Organisation des VVK betraf, berichtet.



Notwendige Selbstkritik.

Die Lehren des schwarzen Januar.

Die Mängel unserer deutschen Arbeiterbewegung sind bekannt. Noch längst sind nicht alle Arbeitnehmer erfasst, und neben dem ADGB und den UFA-Verbänden bestehen noch verschiedene Richtungen und Splitter. Auch der ähnliche Stand der Dinge in anderen Ländern ist bekannt. Trotzdem verfallen viele deutsche Arbeiter leicht in Illusionen über die Verfassung der internationalen Organisation, ihrem Umfang, ihrer inneren Entwicklung und Festigkeit und damit über ihre Kraft und Macht. Nur zu leicht nehmen wir für Wirklichkeit, was unseren Wünschen und Erwartungen entspricht, für Vollendung, was noch erst Ziel des Ausbaues unserer Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist. So kommt man denn zu Selbsttäuschungen über das mögliche Maß an internationaler Solidarität, wiegt sich in gleichmütiger Sorglosigkeit, anstatt in rastloser Tätigkeit an dem Ausbau unserer Internationale mitzuwirken durch den Ausbau der eigenen Arbeiterbewegung, die Erziehung ihrer Mitglieder im eigenen Lande.

Die Transportarbeiter sind in einer Reihe von Ländern mit am besten organisiert und haben in ihrer Internationalen Transportarbeiter-Föderation eine der stärksten und besten internationalen Organisationen. Ein jüngst erschienener Artikel ihres Mitteilungsblattes Nr. 3 mit der Aufschrift „Schwarzer Januar“ verdient daher um so mehr unsere volle Beachtung, zumal er von Geschehnissen in Deutschland ausgeht, die unseren Lebensnerv berühren. In dem Artikel heißt es:

Der erste Monat des Jahres 1923 wird mit tief-schwarzen Bildern in der Geschichte der Arbeiterbewegung eingraviert bleiben. Nach fast drei Jahren ständiger Drohungen haben die französischen und belgischen Truppen kriegsgerüstet, mit Kanonen und Tanks, ihren Einmarsch ins Ruhrgebiet vollzogen.

Nachdem drei Jahre hindurch wieder und immer wieder erklärt worden ist, gegen diese Besetzung, wenn sie schon nicht mit allen Mitteln verhindert werden kann, wenigstens mit allen Mitteln anzukämpfen und sich ihr entgegenzustellen, hat sich das international organisierte Proletariat im gegebenen Augenblick passiv verhalten und nichts getan. Es sei denn, daß man die nicht unbeträchtliche Anzahl der von verschiedenen Konferenzen und Meetings angenommenen Protestresolutionen gegen die Besetzung als eine Tat gelten lassen will.

Es ist nicht nur nutzlos — es ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse selbst, sich und anderen etwas vorläuschen zu wollen, die Wahrheit zu leugnen oder zu verschleiern.

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiterklasse die in sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen, die ihre Führer erweckt haben, nicht erfüllt hat. Hoffnungen und Erwartungen, die in sie gesetzt werden durften und mußten.

Die Wahrheit ist, daß in dem Augenblick, in dem das gesprochene und geschriebene Wort in die Tat umgesetzt werden sollte, diese Tat ausgeblieben ist.

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiterklasse — kein einziges Land ausgenommen — nicht willens und nicht imstande war, sich durch die Tat zu widersetzen; nicht bereit und nicht imstande war, sich mit den Waffen, die ihr zu Gebote stehen, gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen, die von der kapitalistischen Klasse in Frankreich und Belgien gegenüber der Bevölkerung des Ruhrgebietes angewandt werden, zur Wehr zu setzen.

Auf dem vom Internationalen Gewerkschaftsbund im Dezember vorigen Jahres einberufenen Weltfriedenskongress im Haag haben die Vertreter des Proletariats fast aller europäischen Länder wieder einmal ausdrücklich und feierlich erklärt, was die Aufgabe und Pflicht der Arbeiterklasse im Falle eines drohenden Krieges ist.

Wier Wochen später, als sich diese Kriegesgefahr wirklich zeigte, und sich auch neuerlich erries, daß die ultima ratio der Regierungen und der kapitalistischen und imperialistischen Interessengruppen, unter deren Diktat sie stehen, die Zusage zur Waffengewalt ist; als ein neuer Krieg mit der drohenden Perspektive eines übermöglichen Weltkrieges und eines neuen entsetzlichen Menschenopfer — für Petroleum, Steinkohle und Eisen! — Wirklichkeit zu werden drohte, in diesem Augenblick schließt die Arbeiterklasse in allen Ländern. Und, soweit sie nicht schläft, denkt sie nur an ihre eigene Arbeitslosigkeit, an die Möglichkeit schlechterer Löhne, an das Elend im eigenen Lande, und ist nicht nur bereit, sondern auch schon dabei, die Schuld für alle diese Dinge nicht den kapitalistischen Machthabern ihres eigenen Landes und außerhalb beizumessen, sondern dem Volk, der Arbeiterklasse eines anderen Landes.

Wie 1914 herrschen auch jetzt wieder innerhalb der Arbeiterklasse nicht nur Gleichgültigkeit und Indolenz, auch der nationale Gedanke überträgt bei weitem wieder das Gefühl der internationalen Solidarität. Das feststellen zu müssen sei über alle Massen peinlich und schmerzhaft, aber das einzige Mittel zur Besserung.

Die Behauptung, die Massen seien revolutionär und nur die Führer reformistisch, sei Uninn. Wäre es in der Tat so,

daß die Massen revolutionär sind und so sehr nach einer Aktion schmachten, kein Führer wäre imstande, sie davon abzuhalten. Sie wären gezwungen, dem Willen der Massen zu gehorchen oder die Bewegung würde über sie hinwegschreiten.

Doch auch die Führer, die „ja nur als Produkte ihrer Umgebung und aus eben derselben Arbeiterbewegung hervorgegangen, schließlich nicht viel anders sein können als diese Masse, die sie hervorgebracht hat, und auch nicht viel anderes tun können als die Massen wollen und verlangen“, seien nicht frei von Schuld:

„Andere, natürlich auch wichtige Arbeiten, haben ihre Zeit und Kraft in Anspruch genommen, Lohnbewegungen, Aktionen für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Sozialgesetzgebung; nicht zu vergessen die Wahlen für gesetzgebende und administrative Körperschaften, und so manches andere noch. Alles nützlich, alles recht wichtig, alles sehr bedeutungsvoll. Aber das, was in diesen Zeiten allem voran notwendig ist: die Arbeitermassen unaufhörlich aufzuklären über die Notwendigkeit der internationalen Zusammengehörigkeit und der Zusammenarbeit; über den internationalen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus — ein Kampf, dessen Bedeutung alles andere überträgt — und über den internationalen Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr — alles dies ist, wenn auch nicht eben unterlassen, so doch nur an zweiter und dritter Stelle berücksichtigt worden.“

Aus den bitteren Lektionen des schwarzen Januar sei die Lehre zu ziehen, daß alle Sozialisten und Internationalisten ihre ganze Pflicht erfüllen. Der Arbeiterklasse müsse ohne Angst vor den Folgen die unverblühte Wahrheit gesagt werden.

Und aus dieser Wahrheit haben wir den Schluß zu ziehen, uns vor allen Illusionen zu hüten, hauptsächlich auf die eigene Kraft zu bauen, sie zu sichern und zu mehren durch einmütiges Zusammenstehen und unermüdete Tätigkeit in unseren Gewerkschaften und nicht minder in der Sozialdemokratischen Partei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Vermlauer Berg. Donnerstag, den 22. d. M., 6 1/2 Uhr Mitt-nach, den 21., wie ursprünglich geplant war), erweiterte Kreisvorstand-sitzung mit dem Bildungsausschuß und den Bezirksvorsitzenden im Besin-zimmer der Gemeindehalle Eichenberg. 6. — Mittwoch, den 21. d. M., 7 Uhr, Bezirksversammlung der Sozial- und Bezirksvereine im Besin-zimmer Eichenberg. Hierzu sind die Bürgervereine eingeladen.
- 7. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 21. Februar, 7 1/2 Uhr, im Schüler-Hoch-gymnasium, Eichenberg. 7 1/2 Uhr, Jahreshauptversammlung der freien Schul-gemeinschaft, Eichenberg.
- 8. Kreis Wilmersdorf. Mittwoch, den 21. Februar, 8 Uhr, Kreismitglieder-versammlung im kleinen Saal des Villeria-Berlins, Wilmersdorf 114-115. Thema: „Die politische Lage“. Referent: Reichel, Eichenberg. Eine Stunde vor der Versammlung im kleinen Saal der Bildungsausschüsse.
- 9. Kreis Köpenick. Mittwoch, den 21. d. M., 7 Uhr, Mitglieder-Versamm-lung in der Sala der Mittelschule, Markstraße. Thema: „Mittelstellung und Partei“. Referent: Genosse Franke-Cölling, W. d. L. Mitgliederbuch legitimiert.

Heute, Dienstag, den 20. Februar:

- 12. Wd. Prenzlauer. Die öffentliche Versammlung fällt umhändelbar aus und wird verlegt.
- 13. Jungsozialisten. Gruppe Eichenberg 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Vorplatz 10. Diskussionsabend: „Die Jungsozialistischen Wähler“.

Morgen, Mittwoch, den 21. Februar:

- 1. Wd. Gropiusstraße: 5 Uhr Mitglieder-Versammlung in Pöfers Restaurant, Friedrichstr. 111. Vortrag des Genossen Hubert, W. d. L.
- 2. Wd. Eichenberg. 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Communium, Markstraße. Thema: „Die Machtmittel der Arbeiterklasse“. Ref. Gen. Ruzer, W. d. L.
- 3. Wd. Wilmersdorf. 7 Uhr bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 119. Sitzung sämt-licher Funktionäre und Abrechnung der Bezirkskassen.
- 11. Wd. Eichenberg. 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung in der früheren „Freiheit“-Gemeinschaft, Eichenberg.
- 12. Wd. Köpenick. 7 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gefangenen-Club der Schul-Verkehrsstraße. Thema: „Die Mittelstellung“. Referent: Genosse Richter, W. d. L.
- 13. Wd. Köpenick-Ost. 7 1/2 Uhr Bestreben in der Jugendhalle. Vortrag: „Wilmersdorf“. Referent: „Kommunisten“. Ref. Gen. Ruzer, Eichenberg.
- 14. Wd. Köpenick. 7 Uhr im Gefangenen-Club, Schulstraße. 8. Vortrag des Genossen Dr. Brose über „Das Gefängnisleben“.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 21. Februar:

- 22. Wd. 7 1/2 Uhr in der Fortbildungsschule, Sande Str. 21. Thema: „Reinli-cherungsaktion und Gesundheitsfragen“. Ref. Frau Dr. Wegscheider, W. d. L.
- 23. Wd. 7 1/2 Uhr bei Bebe, Kaiserin-Augusta-Str. 12. Ref. Gertrud Beer über „Reinlich und internationale Frauenbewegung“. Gdhe willkommen. Frau Gertrud Beer.
- 24. Wd. Prenzlauer. 7 1/2 Uhr bei Wilmersdorf, Chaussee, Ecke Stralhoferstr. Thema: „Kultur und Sozialismus“. Ref. Gen. Heinrich.

Jugendveranstaltungen.

Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorf, 12. Diskussionsabend: „Die Entschling der Arbeiterjugendbewegung“. — Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorf, 12. Diskussionsabend: „Die Entschling der Arbeiterjugendbewegung“. — Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorf, 12. Diskussionsabend: „Die Entschling der Arbeiterjugendbewegung“.

Weiter bis Mittwoch mittag. Fortdauern soll, zeitweilig hefter, jedoch überlegend benützt mit Schneefällen bei frühen östlichen Winden.

Wirtschaft

Verlustwirtschaft.

In welchem hohem Grade in der Wirtschaft Verluste eintreten, die Vergeudung an Zeit, Arbeitskraft, Material und Kapital bedeuten, wird erst erkennbar, wenn einmal systematische Untersuchungen darüber angestellt werden. In den Vereinigten Staaten hat man das getan. Der Präsident des Bundesamerikanischer Ingenieurvereine, Hoover, hatte 1919 ein Ingenieurkomitee, einen Ausschuss zur Befestigung von Verlusten in der Industrie, der in 5 Monaten einen sehr interessanten Bericht vorgelegt hat, eingeseht. Der Bericht ist als Buch erschienen in englischer Sprache unter dem Titel „Waste in Industry“.

In der „Betriebsrätezeitung“ Nr. 2 findet sich ein ausführlicher Bericht über diese wichtige amerikanische Untersuchung, dem wir folgendes entnehmen. Um sich einen Maßstab zum Messen und Vergleichen zu schaffen, hat man einen Betrieb, der alle möglichen Unwirtschaftlichkeiten besitzt, gleich 100 gesetzt und folgende Industrien untersucht: Herrenbekleidung, Bauindustrie, Druckerei, Schuhindustrie, Metallindustrie, Textilindustrie.

Es wurde dann untersucht, wieviel Prozent der festgestellten Verluste auf Verschulden der Geschäftsführung, der Arbeitnehmer und äußerer Umstände zurückzuführen sind. Das Ergebnis war, daß für mehr als 50 Proz. des Verlusts die Verantwortung den Geschäftsleitungen zuzuführen, weniger als 25 Proz. den Arbeitnehmern, während der Einfluß äußerer Umstände auf die Entstehung von Verlusten sehr gering war.

Die Ursachen der Verluste waren sehr verschieden: 1. Folge zu niedriger Produktion, verursacht durch falsche Geschäfts-führung. 2. Folge unterbrochener Produktion. 3. Folge eingeschränkter Produktion, absichtlich herbeigeführt durch die Geschäftsleitung oder die Arbeiter. 4. Folge verlorener Produktion durch Unfälle, körperliche Mängel der Arbeiter usw.

In Amerika spielen die Verluste durch starken Wechsel der Arbeiter eine erhebliche Rolle. Aufzeichnungen darüber, warum die Arbeiter die Arbeit ausgegeben haben, fehlen. 1920 betrug der Arbeitswechsel in der Metallindustrie durchschnittlich 160 Proz., der höchste sogar 360 Proz. Die Verluste durch die Einarbeitung neuer Arbeiter sind sehr bedeutend.

1917/18 war infolge der Kriegsbeschäftigung die niedrigste Arbeitslosigkeit mit mehr als 1 Million Arbeitlosen. Für den Lohn-arbeiter über 40 Jahre ist die Erlangung von Arbeit sehr schwierig. Die Beseitigungsarbeiten sind etwa 31 Proz. des Jahres beschäftigungslage, die Schuhmacher 35 Proz., die Bauarbeiter finden nur 100 Tage im Jahre Arbeit, die Bergleute waren jährlich 93 Tage außer Arbeit.

Die Verluste durch Streiks und Aussperrungen sind tatsächlich sehr viel geringer als allgemein angenommen wird. Die meisten Streiks sind in den Saisonberufen. Meistens werden aber die Verluste durch Streiks durch erhöhte Produktion wieder ausgeglichen. So zeigte das Streikjahr 1912, in dem 47 Proz. der Arbeiter streikten, eine höhere Kohlenförderung als das Jahr zuvor, das fast streiklos war.

Der Leerlauf in den Betrieben wird oft durch ungesunde Produktionspolitik verursacht, vor allem durch verlustbringende Vergrößerungen. Die Schuhindustrie mit einer Leistungsfähigkeit von 1 1/2 Millionen Paar Schuhe täglich produziert in Wirklichkeit nur die Hälfte.

Für unzureichende Arbeitsleistungen ist in hohem Maße das Fehlen von Anreizmöglichkeiten verantwortlich. Aber auch mangelndes Interesse, Fehlen des Berufsstolzes spielen eine erhebliche Rolle.

Die Verluste, die auf Konto der Geschäftsleitung, d. h. fehlerhafte Verkaufspolitik, mangelhafte Verteilung der Arbeit, falscher Materialkauf, mangelhafte Selbstkostenberechnung, schlechte Materialbehandlung usw. zurückzuführen sind, werden eingehend untersucht.

Aus dieser Untersuchung ist ersichtlich, daß im Lande Taglors noch sehr viel zu tun ist, um die Betriebe rationell arbeiten zu lassen. Auch in Deutschland wäre eine solche Untersuchung sehr nötig, um zu zeigen, daß der Leistungsfaktor unserer Wirtschaft weniger durch Verschulden der Arbeiter gesunken ist als durch Verluste, durch Reibungen in der Gesamtwirtschaft. Das gegenüber dem schärferen Amerika so arme Deutschland hat alle Ursache, einwandfrei festzustellen, wo Arbeitskraft und Kapital vergeudet wird. Die Ergebnisse würden doch manche vorgefasste Meinung ändern.

Amerikanische Kohlenpolitik.

Am Sonnabend hielten die technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschüsse des Reichskohlenrats eine gemeinsame Sitzung ab. Oberingenieur Weibren referierte über seine im Auftrag des Reichskohlenrats unternommene Rundreise in den Vereinigten Staaten von Amerika. Er behandelte insbesondere die Entwicklung der Brennstoffwirtschaft, der Brennstofftechnik und des Verkehrswesens der Vereinigten Staaten seit dem Kriege: Die staatlichen Eingriffe in die Kohlenwirtschaft und das Eisenbahnwesen waren Kriegsmah-nahmen, die inzwischen fast völlig abgebaut worden sind. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß Amerika zu der freien Wirtschaft in ursprünglichem Sinne des Wortes zurückgekehrt ist, da sich der Staat in zunehmendem Maße ein Mitspracherecht in den Betrieben ausbedingte. Der Krieg hatte zu einer Heberentwicklung des ameri-kanischen Bergbaues geführt. Zu viel Gruben (auch wenig er-giebige) und zu viel Bergarbeiter! Die Steigerung der Kohlenproduktion hielt auch nach dem

Doppelmord!

100 000 Mark Belohnung!

Am 11. Dezember 1922, vormittags, fand in Neu-Namen, Kreis Gollin, der Richter August Sedow und seine Gattin, Elise, geb. Dolina, auf ihrer Wirtshaus-terrasse ermordet worden. Beide sind von dem Täter mit einer Verabredungspistole erschossen worden. Na der weiteren Untersuchung eines Planes, der insbesondere auf die Vergeltung ihres Todes gerichtet war, ist der Mörder jedoch dadurch verhindert worden, daß es der nach auf dem Grundstück befindlichen Richter der Gollin gelang, zu entfliehen und die Mörder zu fassen. Der Täter ist entkommen. Auf seiner Flucht hat er sich einverleibend den nachmittags 4.00 von Berlin nach Gollin fahrenden Zug benutzt, wobei er auf einer der zahlreichen Haltestellen einsteigen ist. Der Richter hat über die Familien- und wirtschaftlichen Verhältnisse der Ermordeten Sedow unterrichtet gemeldet sein. Er hat sich für einen wertvollen Hinweis, wenn jedoch persönlich unbekanntem Gewandten namens Selger ausgesprochen, dem er auch Abhilfe verschaffen wird.

Beschreibung: Alter: 35 bis 40 Jahre, Größe: 1,74 bis 1,76 Meter, Gestalt: schlank, Gesicht: oval, Haar: dunkelbraun, blond, Ohren: etwas abflachend. Bekleidung: blaue Hülse, weite, langer Mantel von grauer oder hellbrauner Farbe. Auf die Ermittlung und Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt, deren Verleihung unter Ausschluß des Richters Sedow durch den Untersuchungsrichter erfolgt. Besondere Nachrichten werden erbeten bis 6. J. 1923, 22. Sandberg a. M., den 26. Febr. 1923. Der Oberstaatsanwalt.

CREME PERI

Im Winter bedarf die Haut besonderer Pflege. Sport oder lebhaftige Bewegung in freier, scharfer Luft macht sie rauh und spröde. Hiergegen schützt die regelmäßige Anwendung von «Creme Peri». Ihr hoher Gehalt an dem von den Ärzten so geschätzten Hamamelis-Extrakt gibt Ihnen die Gewißheit, stets eine feine glatte, elastische Haut zu besitzen. «Creme Peri» fettet nicht, reibt sich unsichtbar ein. Sie soll nicht nur nach dem Eislaufen aufgetragen werden, sondern auch vorher. Nur so wird die Haut vor Rissigkeit bewahrt.

Peri Talkum-Puder - Crème Peri-Saife
Überall erhältlich!

DR. M. ALBERSHEIM, FRANKFURT, M.
Fabrik feiner Parfümerien
Gegr. 1892

Unionskrankenkasse der Juweliere, Gold- und Silberschmiede (Zwangsvorgang) zu Berlin
Definanzmachung
Auf Grund der Vereinbarung über die Grundbeiträge vom 2. Februar 1923 (M. G. B. Nr. 9) hat der Vorstand mit Zustimmung des Oberverwaltungsamtes die Erhöhung der Grundbeiträge von 1000 auf 2000 M. beschlossen.
Die damit verbundenen Erhöhungen der Beiträge tritt am Montag, den 19. Febr., in Kraft.
Die erhöhten Leistungen der Kasse treten nach gleichem Vorrecht am 29. Febr., den 19. März 1923, in Kraft. 178/16
Der Vorstand:
Max Roth, Vorsitzender, Hugo Berg, Schriftführer

Allgemeine Ortsrententafel für Adlershof u. Umgegend
Definanzmachung
Auf einer am Donnerstag, den 1. März d. J., nachmittags 6 Uhr, im Kassenlokal zu Adlershof, am Dönhofsplatz, stattfindenden
außerordentl. Ausibühnung
sind ich hiermit die Vertreter der Arbeit-nnehmer und der Arbeitgeber ein.
Tagesordnung: 1. Rodmäßige Beschlußfassung über den der außerordent-lichen Ausibühnung vom 18. Dez. 1922 bereits vorgelegten 10. Gewerkschafts-2. Erhöhung der Beiträge, wovon der 2. 1. 6, 10, 20, 32, 47, 79 der Gesamt-3. Verschiedenes. 187/17
Adlershof, den 19. Februar 1923.
Der Kassensozialrat:
Max Knappe, Vorsitzender.

Waffenstillstand zunächst noch an, da der Export nach Europa fast... Die Reparationskosten. Auch die... Die Reparationskosten. Auch die... Die Reparationskosten. Auch die...

Förderung der Moorkultur. Dieser Lage lagte in den Räumen... Der preussische Landwirtschaftsminister, Dr. Wendorf, wies in einer... Er bemühte sich, erhebliche Staatsmittel, wie sie für die Kultivierung nötig seien, flüssig zu machen...

Genossenschaftliche Hilfe im neubefreiten badischen Gebiet. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Appenweier ist... Die Gemeinde Appenweier ist Mitglied des Bezirkskonsumvereins Baden... Der Wert der Einfuhr ging um 108 Millionen Goldmarken zurück...

Der Vortragende ging dann auf die Entwicklung der sozialen... Der Gewerkschaftsgedanke hat an Kraft... In erster Linie im Bergbau, dann in der Schwerindustrie...

Starker Rückgang der deutschen Kupferexporte. Nach dem... Kupferexporte nach Deutschland, die im Jahre 1921 noch 45 Prozent... Der amerikanische Kupferexport betrug im Jahre 1922 auf 33 Prozent...

Devisenfrage. Unserer geringen Kurstafel sind noch folgende... 1 belgischer Franc 1047,37 Geld, 1052,63 Brief; 1 finnische Mark 543,63 Geld, 546,37 Brief; 1 italienische Lire 947,62 Geld, 952,38 Brief; 1 französischer Franc 1192,01 Geld, 1197,99 Brief; 100 österr. Kronen abgek. 28,17 Geld, 28,33 Brief; 1 tschechische Krone 595,50 Geld, 598,50 Brief; 1 ungarische Krone 7,33 Geld, 7,57 Brief; 1 bulgarische Lewa 117,45 Geld, 118,05 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 191,52 Geld, 192,48 Brief; 1 Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 67 Pf.

Die praktische Hausfrau

kennt die Vorzüge des Schiffsöls. Sie ersieht oder steckt damit den teuren Zucker. Aus eigener Erfahrung weiß sie auch, daß Schiffsöls bestimmt ist. Sie verwendet ihn aber sparsam und nur nach Geschmack.

Erfolgreich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Theater Lichtspiele etc. Opernhaus 7 Uhr Schatzgräber Schauspielhaus 7 1/2 Uhr Ein Felterabend Das Fest der Handwerker

Volksbühne 7 1/2 Uhr Das Wintermärchen Lessing-Th. heute u. morg. 7 1/2 Uhr Bürger Schappel Deut. Künstler-Th. Alabendlich 7 1/2 Uhr Der Fürst von Pappenheim Kleines Th. Tägl. 8 Uhr: Die Unmoralischen

Admirals-Palast

Sonntag, den 25. Febr., nachm. 3 Uhr Große Veranstaltung zugunsten der Ruhrflüchtigen (Der volle Reinertrag wird der Ruhrspende überwiesen)

I. TEIL Konzert, ausgef. von Mitgliedern der Kapelle der Staatsoper - Leitung: Dr. Fritz Stedry

1. Ouvertüre „Der Freischütz“ Weber
2. Symphonie Es-dur Mozart
3. Ouvertüre „Der Barbier von Bagdad“ Corneille

II. TEIL Unter Mitwirkung der Damen: Elisabeth Böhm von Endert, Käthe Dorsch, Emmy Sturm, Charl. Wiesb., Lucia Kieselhausen

Carl Clewing, Arnold Rieck, Paul Bergan, Paul Gratz, Henry Berony, Pröckl

Leitung: Julius Einödhofer Orchester des Admirals-Palastes

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin, am 17. Februar gefassten Beschlüssen

Erna Grunwald

am 17. Februar gefassten Beschlüssen

Die Bereinigung findet am Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 4 Uhr, in der Reichshalle des Reichsmarine-Museums in Nordend statt. Höhe Beteiligung erwartet. Die Ortsvereine sind eingeladen.

Reichshalle Friedrichstraße 2 (Kollektions-Tage) verkauft... Kammern, Winterpaletts... Möbel, Silberwaren... Musikinstrumente... Kaufgesuche... Verschiedenes... Arbeitsmarkt... Stellenangebote

Komödienhaus Kameraden Berliner Th. 7 1/2 Uhr Madame Pompadour

Der Blane Vogel 7 1/2 Uhr: Nollendorf 1613 Das 3. Programm Central-Theater 8 Uhr: Eine glückliche Ehe Casino-Theater 8 Uhr: Zum blauen Kakadu

Romische Oper

Dir.: James Klein (7 1/2 Uhr) Internat. Revue in 25 Bildern Europa spricht davon 200 Mitwirkende! 6 Balletts! Mr. Jackson vom Alhambra-Theater in London mit seinen engl. Girls sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin 54, Linienstraße 83/85, Schiffsplatz vorm. 9 Uhr Dienstadt 4 Uhr. Telefon: Amt Nordend 833 bis 836 und 6992 bis 6993

Wahltag! Wahltag! Wahltag!

Wahltag! Wahltag! Wahltag!

Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag! Wahltag!

Circus Busch 7 1/2 Uhr: Stg. a. 3 U. Berlins Sensation Fremdenlegionär

Admirals-Varieté 7 30 Febr.-Programm unübertrefflich

Admirals-Varieté

7 30 Febr.-Programm unübertrefflich

7 30 Febr.-Programm unübertrefflich

Billige Seife

solange Vorrat reicht Toiletseife 100 Stk. in Seifenkarton 60 Stk. in Seifenkarton 30 Stk. in Seifenkarton 15 Stk. in Seifenkarton

Werkzeuge u. Maschinen... Musikinstrumente... Kaufgesuche... Verschiedenes... Arbeitsmarkt... Stellenangebote

Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Es lebe das Leben! Trianon-Th. Tägl. 8 Uhr: Sissi

Wohnungsausschuss

am schnellsten durch eine Anzeige im grob-berliner Wohnungsanzeiger

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Mitteilungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Wohnungsausschuss

am schnellsten durch eine Anzeige im grob-berliner Wohnungsanzeiger

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Mitteilungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verkäufe

Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen, Teilmengen

Arbeitsmarkt... Stellenangebote... Verschiedenes... Arbeitsmarkt... Stellenangebote